

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt



Krieg in Gaza

Kein Frieden ohne Gerechtigkeit

Trotz einem Waffenstillstandsabkommen fallen in Gaza weiterhin die Bomben. Die humanitäre Situation für die palästinensische Bevölkerung ist immer noch katastrophal. Die Waffenruhe ist ein Schritt vorwärts, aber von einem langfristigen, nachhaltigen Frieden ist man noch sehr weit entfernt.

Von Tarek Idri

Zwei Jahre nachdem Israel einen umfassenden genozidalen Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza gestartet hat, bei dem über 62000 Palästinenser:innen, ein Drittel davon Kinder, getötet wurden, konnte am 10. Oktober ein Waffenstillstand geschlossen werden. Der Waffenstillstand wurde unter dem Druck der USA zusammen mit regionalen Kräften und der EU ausgehandelt. Mehr als eine halbe Million Palästinenser:innen sind Berichten zufolge nach Abschluss des Waffenstillstands nach Gaza-Stadt zurückgekehrt. Drei Viertel der Gebäude in der Stadt sind jedoch zerstört, es fehlen Strom, sauberes Wasser und eine funktionierende Infrastruktur.

Abkommen gebrochen

In den Wochen nach Abschluss der Waffenruhe verletzte Israel wiederholt den Vertrag. Die Besatzungsmacht hat die tödlichen Angriffe gegen Gaza nicht eingestellt. Die Behörden in Gaza berichten, dass Israel seit Inkrafttreten des Waffenstillstands im Gazastreifen 282 Mal dagegen verstossen habe. In einer Erklärung heisst es, dass seit dem 10. Oktober 242 Palästinenser:innen getötet und mehr als 620 weitere verletzt wurden, was im offensichtlichen Widerspruch zu den internationalen Normen und anerkannten Verträgen steht. Gleichzeitig versucht Israel oftmals aktiv, die Rückkehr von palästinensischen Flüchtlingen in ihre weitgehend zerstörten Dörfer und Städte zu verhindern. Dutzende Palästinenser:innen sind dabei getötet worden. Die umfassende Blockade und eine Politik des vorsätzlichen Aushungerns, die

Verweigerung medizinischer Behandlung für Verletzte und Kranke und die Behinderung humanitärer Hilfe werden fortgesetzt. Israel schränkt immer noch massiv die Einfuhr von Gütern nach Gaza ein, einschliesslich lebensnotwendigen Gütern wie Nahrungsmitteln, Treibstoff und Medikamenten. Das Waffenstillstandsabkommen sieht vor, dass 600 Lastwagen pro Tag nach Gaza fahren dürfen. Die Einfahrt aus Ägypten wird jedoch weiterhin stark eingeschränkt und verzögert. Israel hat bisher keine internationalen Körperschaften nach Gaza gelassen und der Zugang für Journalist:innen und Menschenrechtsgruppen bleibt schwierig. Damit wird die Untersuchung, Dokumentation und Prävention von Kriegsverbrechen hinausgezögert.

Gewalt im Westjordanland

Der Waffenstillstand hat keinen Frieden gebracht und wird keinen bringen, solange die völkerrechtswidrige Besatzung andauert. Israel hat seine Ziele der Vertreibung der Palästinenser:innen und der Annektion der besetzten Gebiete nicht aufgegeben. Ende Oktober stimmte das israelische Parlament sogar für die Ausweitung des israelischen Rechts auf alle Siedlungen im Westjordanland und damit für die faktische Annexion grosser Teile des besetzten Gebietes. Gleichzeitig hat die Gewalt von Siedler:innen, Armee und Geheimdienst im Westjordanland zugenommen. Seit dem Beginn der Olivenernte Anfang Oktober gibt es täglich Angriffe von Siedler:innen auf palästinensische Bauern. Das UN-Nothilfebüro OCHA verzeichnet

86 Angriffe auf 50 Dörfer mit vielen Verletzten. Tausende Olivenbäume wurden von den Siedler:innen ent wurzelt und verbrannt.

Das Waffenstillstandsabkommen ist ein wichtiger Schritt vorwärts, aber es gibt keinerlei Garantien, dass das israelische Regime nicht irgendeinen Vorwand findet, um das Abkommen wieder aufzuheben. Wir erinnern daran, dass es Anfang 2025 bereits einen Waffenstillstand gab, der nach zwei Monaten einseitig von Israel beendet wurde.

Kein Grund mehr für Solidarität?

Der deutsche Bundeskanzler Friedrich Merz erklärte nach Abschluss des Waffenstillstands, er hoffe, dass nun «auch ein bisschen innenpolitisch wieder Ruhe einkehrt». Es gebe «keinen Grund mehr», für Palästina zu demonstrieren. Das ist natürlich Unsinn. Das von US-Präsident Trump ausgehandelte Abkommen, selbst wenn sich Israel daran halten würde, wird nichts an den Grundursachen des Konflikts ändern. Es beinhaltet keine Schritte, um die verschiedenen Ungerechtigkeiten, unter denen das palästinensische Volk seit 80 Jahren leidet, zu beenden. Das Abkommen führt nicht zum Ende der völkerrechtswidrigen Besatzung der palästinensischen Gebiete – der zionistische Kolonialismus, das Apartheidsystem in Israel bleiben bestehen. Und solange diese Ungerechtigkeiten andauern, wird der palästinensische Widerstand nicht verschwinden, und auch die internationale Solidaritätsbewegung wird weiterhin Proteste, Blockaden und Boykotts organisieren.

Jedes ungerechte, entmenslichende System wird irgendwann ein Ende haben. In Südafrika konnte das Apartheidsystem gestürzt werden durch den zähen Widerstand der schwarzen Bevölkerung und mit der Unterstützung der internationalen Solidaritätsbewegung, welche zur Isolierung des Regimes führte. Auch in Bezug auf Israel wird dies möglich sein. Die Waffenlieferungen und die militärische Zusammenarbeit mit Israel, an der auch die Schweiz mit ihren Verstrickungen mit den israelischen Elbit Systems beteiligt ist, müssen dringend gestoppt werden.

Aus dem Inhalt

Der OSZE-Einsatz in der Ukraine	2
Frauen gegen den Krieg	3
Fragwürdige Preisverleihung	4
Fake News für den Krieg	5
Interview über die Lage in Venezuela	6
Pensionskassen finanzieren Genozid	7
Sanktionsgegner unterstützen BDS?	8

Nein zur US-Blockade und den Sanktionen gegen Kuba!

Der Weltfriedensrat (WPC) verurteilt aufs Schärfste die wiederholten und andauernden unmoralischen Manöver der US-Regierung auf verschiedenen Ebenen, die darauf abzielen, die wirtschaftliche Blockade und die Sanktionen gegen den souveränen Willen des kubanischen Volkes zu verschärfen – eines Volkes, das sein Recht verteidigt, seine Zukunft und sein Schicksal ohne ausländische und imperialistische Einmischung selbst zu bestimmen.

Die Pläne und Handlungen der USA zielen offen darauf ab, das tapfere kubanische Volk zu ersticken, um Unzufriedenheit gegenüber der kubanischen Revolution zu erzeugen.

Zusätzlich zu der Blockade, die seit mehr als sechs Jahrzehnten andauert, wenden die US-Regierungen – unabhängig davon, wer sie gerade anführt – einseitige Listen an, wie etwa die der «Staaten, die den Terrorismus unterstützen», in die Kuba provokativ aufgenommen wurde.

Die USA haben ihre Pläne, die kubanische Revolution mit allen Mitteln zu stürzen, niemals aufgegeben. Selbst eine militärische Intervention wurde nie ausgeschlossen, wie man heute an der offenen militärischen Aggression gegen Venezuela und den Drohungen einer Invasion des Landes sehen kann.

Die USA verfügen über eine lange Geschichte solcher Interventionen und Putsch in der Region. Heute richten sich ihre Angriffe insbesondere gegen Kuba, Venezuela, Nicaragua, aber auch gegen andere Länder der Region, die nicht mit den «Prioritäten» der USA übereinstimmen.

Im Vorfeld der Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die US-Blockade sind besondere Anstrengungen und Massnahmen zu beobachten, um Druck auf souveräne Staaten in Bezug auf ihre Stimmabgabe in der UN-Generalversammlung auszuüben. Der WPC prangert all diese Pläne an und bekundet seine entschlossene und aufrichtige Solidarität und Unterstützung mit dem kubanischen Volk und seiner Führung.

Die USA und ihre Verbündeten besitzen keinerlei moralische Autorität, über die Zukunft Kubas zu entscheiden, und wir fordern die bedingungslose Aufhebung der verbrecherischen Blockade sowie aller anderen einseitigen Zwangsmassnahmen gegen die Insel der Revolution.

Wir rufen die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen dazu auf, ihre Unterstützung für die grundlegenden Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen zu zeigen, die auch 80 Jahre nach ihrer Verabschiedung weiterhin fortwährend verletzt werden.

Weltfriedensrat

Unsere Welt braucht deine Unterstützung!

Ohne dich keine UW!

Die Friedenszeitung «Unsere Welt» informiert viermal jährlich über Kriege, Konflikte und Aufrüstung. Sie berichtet unabhängig, unangepasst, gegen den Strom und versucht kritisch, eine alternative Perspektive auf das Weltgeschehen zu eröffnen, fernab der Mainstream-Medien.

Wie bei all unseren Aktivitäten sind wir für die Produktion und Herausgabe der UW auf die grosszügige finanzielle Unterstützung unserer Mitglieder und Friedensfreund:innen angewiesen.

Spende schnell, einfach und bequem mittels QR-Code.

Oder über folgendes Konto:

IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Vielen Dank!

Friedensbewegung
Riehentorstrasse 27
Postfach
CH-4001 Basel



OSZE-Einsatz in der Ukraine

«Von den Medien bin ich enttäuscht»

Benoît Paré arbeitete als internationaler Beobachter bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der Ukraine. Seit Kurzem äussert er sich in der Öffentlichkeit und wirft der OSZE und den Medien zur Entstehung der gewaltsamen Auseinandersetzung eine einseitige Berichterstattung vor. Ein Gespräch mit Beatrice Schuler, die 2014 und 2015 ebenfalls für die OSZE in der Ostukraine arbeitete, über ihre Einschätzung von Paré und die eigenen Erfahrungen in der OSZE.

Von Alva Noi

Benoît Paré muss es wissen. Seit der Unterzeichnung von Minsk II im Februar 2015 bis zum russischen Einmarsch in die Ukraine 2022 arbeitete er bei der OSZE im Osten des Landes. Hauptaufgabe der Mission sei die Überwachung des Waffenstillstandes gewesen. Insgesamt kamen in der Zeit zwischen dem Putsch auf dem Maidan und dem Einmarsch der russischen Streitkräfte in die Ostukraine mehr als 14000 Menschen, darunter viele Zivilisten, ums Leben.

Seit ein paar Monaten tritt Paré nun an die Öffentlichkeit und spricht über seine Erfahrungen. Dabei zeichnet er ein anderes Bild der Entstehung des Krieges und richtet auch schwere Vorwürfe an die Medien. Seine Erlebnisse im Einsatz für die OSZE würden sich nicht in den Berichten des Mainstreams finden. Der Leitung der OSZE wirft er Unterdrückung belastender Fakten vor.

Beatrice Schuler arbeitete in den Jahren 2014 und 2015 ebenfalls für die OSZE in der Ostukraine. Wie bewertet sie die Äusserungen von Benoît Paré? Und decken sich ihre Erfahrungen mit der Berichterstattung in den westlichen Medien zu jener Zeit?

Alva Noi: In den Berichten in Alternativmedien schildert Benoît Paré immer wieder, wie er im Kontakt mit der lokalen Bevölkerung in den Oblasten Donezk und Luhansk die Wut auf die Regierung in Kiew spürte. Deckt sich diese Beobachtung mit Ihren Erfahrungen?

Beatrice Schuler: Die Situation in der Region war nicht einheitlich. Ich arbeitete auf beiden Seiten der Kontaktlinie im Oblast Donezk, war somit in von Kiew kontrolliertem Gebiet tätig wie auch in der selbsternannten Volksrepublik Donezk.

In Kramatorsk, dem Standort der «Anti-Terror Operation» Kiews, war die Stimmung gespalten. Während es hier durchaus Unterstützung für die Regierung gab, traf ich auch viele Menschen, die die Regierung in Kiew als illegal betrachteten und ablehnten. Es gab Stimmen, die sich explizit schon damals – wie sie es nannten – eine Befreiung durch die Russen wünschten. In der Stadt und Umgebung von Donezk, die schon damals nicht mehr unter der Kontrolle von Kiew standen, beobachtete ich Einigkeit in der Ablehnung und Wut auf die Regierung. Dies deckt sich mit der Beobachtung von Benoît.

Wie wurde die OSZE von der Bevölkerung in Donezk wahrgenommen?

Leider oft nicht als das, was sie sein sollte: eine neutrale Instanz mit der Aufgabe, eine gewaltfreie Lösung des Konflikts zu fördern.

Woran merkten Sie das?

Wir trafen zum Beispiel eine Gruppe hoher Vertreter der selbsternannten Volksrepublik im Zentrum von Donezk. «Jetzt kommen Westler, die mitverantwortlich für den Putsch in Kiew sind», meinten sie. Den Konflikt beurteilten sie schon damals als Stell-

vertreterkrieg zwischen Russland und der NATO, wobei wir von der OSZE als Vertreter des Westens galten – obwohl Russland ja auch ein Mitglied der OSZE ist und es auch russische Mitarbeiter in der Mission gab. Auffallend war bei dieser und ähnlichen Begegnungen, dass ich als Schweizerin eher als neutral und vertrauenswürdig wahrgenommen wurde.

Benoît Paré bemängelt, dass seine subjektiven Beobachtungen in der OSZE immer als subjektive Momentaufnahmen abqualifiziert wurden und so den Weg in die Monitorings und die öffentlichen Berichte nicht fanden. Er meint damit die Stimmung von vielen UkrainerInnen gegen die eigene Regierung in Kiew. Als Journalistin habe ich ein Stück weit Verständnis dafür, da Stimmungen ja keine Fakten sind. Wie sehen Sie diese Problematik aus der Sicht einer ehemaligen OSZE-Mitarbeiterin?

Ich konnte in meinen Berichten sehr wohl Äusserungen der Bevölkerung zitieren. Die täglich veröffentlichten Berichte waren aber ein Konzentrat von rund 100 Tagesberichten aus zehn Standorten im ganzen Land. Sie mussten so verfasst sein, dass sie von allen OSZE-Mitgliedern politisch akzeptabel waren. Man muss verstehen, dass die OSZE-Berichterstattung keine Pressefunktion hatte. Sie gab das wieder, worüber sich alle Parteien einig waren – und liess zwangsläufig das weg, worüber man sich nicht einig war. Für die Pressearbeit ist die Frage deshalb nicht relevant. JournalistInnen waren ja nicht auf diese Monitorings angewiesen. Das Problem war aber vielmehr, dass kaum mehr internationale Journalisten vor Ort arbeiteten. Trotzdem wäre für Medienschaffende möglich gewesen, an unterschiedliche Stimmen vor Ort heranzukommen. Wir von der OSZE hätten zwar nichts zu einzelnen Vorfällen sagen dürfen. Kontakte vermitteln wäre aber möglich gewesen.

Wie hätte dies konkret ausgesehen?

Wenn SRF vom Euro Maidan berichtete, dann gab es Stimmen von Leuten, die persönliche Positionen ins Mikrofon preisgaben. Dass an anderen Orten in Kiew Gegendemonstrationen stattfanden, wurde kaum erwähnt und die Demonstranten dort kamen nicht zu Wort. Man hätte bestimmt auch in den bereits von gewalttätigen Auseinandersetzungen betroffenen Gebieten mit Menschen aus der Bevölkerung reden können, um über ihr Leid und ihre Perspektiven zu berichten. Sicher war es nicht einfach, zu jener Zeit in diese Gebiete zu reisen. Aber es wäre nicht kompliziert gewesen, zu Menschen mit unterschiedlichen Perspektiven online in Kontakt zu treten. SRF beschränkte sich aber immer nur auf die Sicht aus Kiew und verzichtete auf dissidente Stimmen zum herrschenden Narrativ.

Paré bemängelt weiter, dass die OSZE auf Druck der Regierung in Kiew die Opferzahlen nicht mehr publizierte. Nach internen Berech-

nungen der Organisation wäre die ukrainische Seite für einen beträchtlichen Teil der Toten verantwortlich gewesen. Können Sie das bestätigen?

Ja, das kann ich bestätigen, mindestens aus meinem persönlichen Erleben. Auch wir gerieten in Wohngebieten an der Kontaktlinie immer wieder unter ukrainischen Beschuss. Unbestritten ist aber auch, dass beide Seiten das Waffenstillstandsabkommen brachen. Woher der Druck auf die OSZE kam, das weiss ich allerdings nicht. Aber auch bei dieser Frage gilt: Medienschaffende wären nicht nur auf die Zahlen der OSZE angewiesen gewesen. Es gab auch andere Quellen, die darüber berichteten. Und mit einem Blick auf die Karte hätte in vielen Fällen die Herkunft einer Attacke leicht geklärt werden können. Der Verlauf der Kontaktlinie war bekannt, und man beschiesst ja nicht die eigenen Leute und Infrastruktur auf der eigenen Seite.

Wie meinen Sie das?

Ein Beispiel: Am 2. Oktober 2014, alle Beobachter unseres Teams waren gegen Abend bereits zurück im Büro in Donezk. In diesem Moment gerieten wir mitten in der Stadt unter Granatbeschuss. Uns war klar, ein vor der Stadt stationiertes ukrainisches Bataillon hatte geschossen.

Einige Minuten nach dem Beschuss rief uns die Leiterin des IKRK-Teams in Donezk an. Sie informierte uns, dass einer ihrer Mitarbeiter getötet wurde. Es handelte sich um jenen Schweizer IKRK-Mitarbeiter, dessen Tod am folgenden Tag auf SRF gemeldet wurde. Der Tod wurde dort allerdings als ungeklärt dargestellt, beide Seiten würden sich gegenseitig beschuldigen.

Der Journalist von SRF hatte vermutlich einfach eine Meldung von einer Nachrichtenagentur. Was hätte er machen sollen?

Hätte der Journalist die Verhältnisse vor Ort gekannt – und das kann er auch aus Zürich mit einem Blick auf die Karte – so wäre offensichtlich gewesen, dass der Tod dieses IKRK-Mitarbeiters der ukrainischen Seite zugerechnet werden muss. Ich glaubte an diesem Punkt nicht mehr, dass dies nur Unfähigkeit oder zu wenig Zeit war. Wenn ein Schweizer IKRK-Mitarbeiter getötet wird, dann muss man erklären, wie das passiert ist.

Benoît Paré bemängelt weiter, dass sich die Medien relevanten Themen in der Berichterstattung nicht widmeten, obwohl die in den Berichten der OSZE nachzulesen gewesen wären. Zwei Stichworte: Rechtsradikale Soldaten in der ukrainischen Armee und Verhörmethoden der ukrainischen Justiz.

Es gab massive und systematische Menschenrechtsverletzungen – ein offenes Geheimnis, dass dies Teil der sogenannten Anti-Terror-Operation der Ukraine im Donbas war und durch den Geheimdienst umgesetzt wurde. Wir dokumentierten systematisch Hunderte solcher Fälle in unserem Umfeld und machten diese Informationen durch die OSZE-Berichte öffentlich.

Der ukrainische Geheimdienst spielt auch heute noch eine wichtige Rolle, wird aber in westlichen Medien kaum wahrgenommen. Um was ging es in der Anti-Terror-Operation?

Wer mit Kiew nicht einverstanden war, der wurde als Terrorist betitelt und entsprechend verfolgt, gefoltert und zum Teil sogar ermordet. Betroffenen waren kritische Priester, unliebsame Journalisten – ja sogar Kinder!

Es waren Verfolgungen, die in kein demokratisches Land gehören.

Wir begleiteten die betroffenen Angehörigen vor Ort intensiv und hofften, ja glaubten fest, dass dieses Vorgehen durch öffentlichen Druck sofort aufgehört würde. Das fehlende Interesse der westlichen Medien regt mich auch heute noch auf. Was nicht ins Narrativ der guten Ukrainer passt, das darf für Medienschaffende nicht sein.

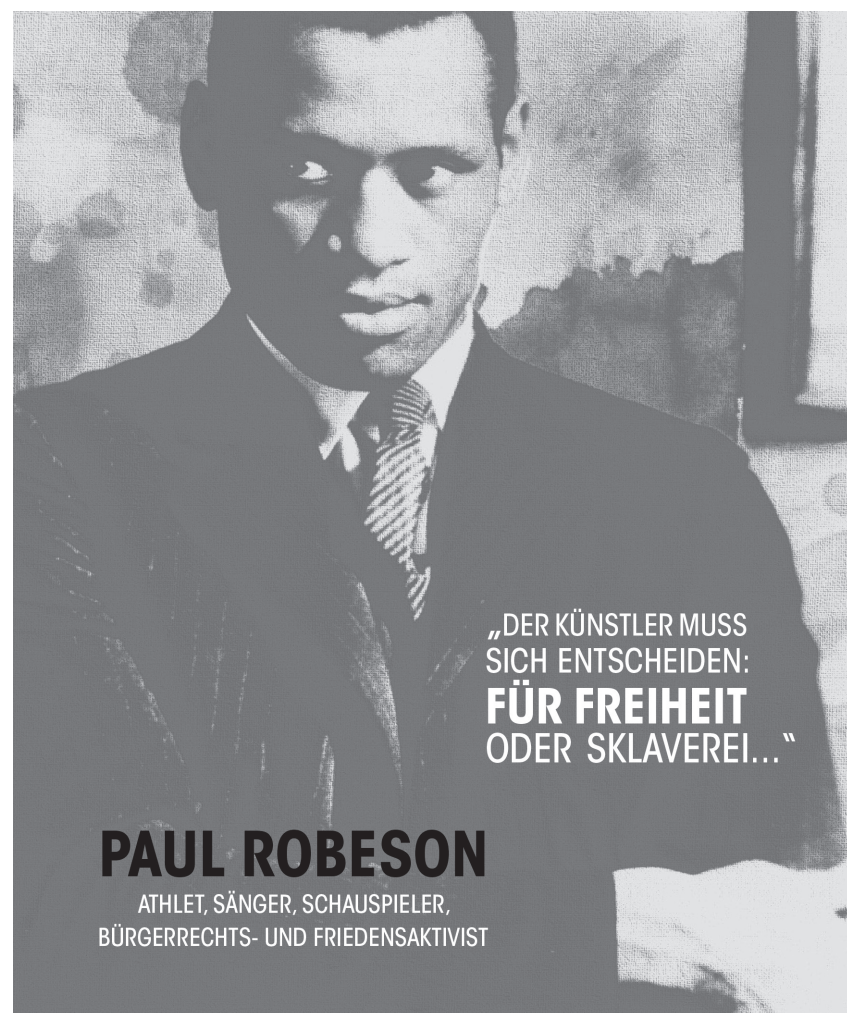
Und auf der anderen Seite wird alles verteufelt, was russisch ist!

Ja, inklusive jener Menschen, die sich in der Ukraine für eine friedliche Koexistenz im eigenen Lande und eine freundschaftliche Nachbarschaft mit Russland einsetzen. Sie werden verächtlich gemacht. Darüber erschrak ich und bin auch heute noch masslos enttäuscht.

Paré kommt zum Schluss, die OSZE hätte ihr Mandat selbst ver-raten. Teilen Sie diese Auffassung?

Ich verstehe die Frustration von Paré. Denn wenn man vor Ort tätig ist,

wünscht man sich, das Schlimmste verhindern zu können. Dass man wenigstens einen Beitrag zur Konfliktlösung leisten kann. Das Gefühl, alles war sinnlos, ist schwer zu ertragen. Nüchtern betrachtet denke ich aber, dass der Vorwurf des Verrats des eigenen Mandates zu hart und daher nicht gerechtfertigt ist. Vielleicht hat er mit übertriebenen Erwartungen zu tun. Die Beobachtermission wurde zu einem Zeitpunkt definiert, als noch keine kriegerischen Handlungen stattfanden. Man entschied sich, die Mission trotzdem aufzubauen und im sich rasch verändernden Kontext das Beste daraus zu machen. Es wäre politisch unmöglich gewesen, zu dem Zeitpunkt ein neues Mandat auszuhandeln. Immerhin war es eine letzte Plattform der Zusammenarbeit, auf die sich alle Mitgliedstaaten der OSZE geeinigt hatten. In ihr arbeiteten westliche Vertreter mit Russen zusammen. Das brachte auch ganz viel Positives. Wenn nicht für die Medienberichterstattung, dann zumindest für die Geschichtsschreibung, wenn die Ursachen der gewaltsamen Auseinandersetzung aufgearbeitet werden.



PAUL ROBESON

ATHLET, SÄNGER, SCHAUSPIELER,
BÜRGERRECHTS- UND FRIEDENSAKTIVIST

Vortrag und Film:

Paul Robeson (1898-1976)

Am 26. Januar 2026 jährt sich zum 50. Mal der Todestag des US-amerikanischen Athleten, Profifootballspielers, Sängers, Schauspielers, Bürgerrechtlers und Friedenskämpfers Paul Robeson.

Paul Robeson, so schreibt Prof. Peter Dreier in der Los Angeles Review of Books, sei der begabteste Mensch des 20. Jahrhunderts gewesen. Der Sohn ehemaliger Sklaven war ein international anerkannter Konzert- und Opernsänger, Filmstar und Bühnenschauspieler, College-Football-Star und Profisportler, Schriftsteller, Linguist, Gelehrter, Redner, Anwalt und Aktivist in der Bürgerrechts-, Arbeiter- und Friedensbewegung.

In den 1930er und 1940er Jahren war Robeson einer der weltweit bekanntesten und meistbewunderten US-Amerikaner. Heute ist er jedoch eine fast vergessene Figur. Nur wenige kennen seinen Namen oder seine Errungenschaften.

Wie kam es dazu, dass dieser einstige Superstar aus dem kollektiven Gedächtnis ausradiert wurde?

Martin Schwander, ehemaliger Redaktor der Schweizerischen Sängerezeitung und Autor einer Robeson-Biographie («Paul Robeson», Neue Impulse Verlag Essen, 1998), wird uns den Werdegang dieses aussergewöhnlichen Menschen in Bild und Ton näher bringen. In einem zweiten Teil sehen wir den 30-minütigen, Oscar-gekrönten Dokumentarfilm über Robeson von Saul J. Turell «Tribute to an Artist» (USA 1979, 30 Min., auf Englisch kommentiert von Sidney Poitier, mit deutschen Untertiteln).

**Donnerstag, 29. Januar 2026
Breitschtreff Bern, Breitenrainplatz
ab 19.00 Uhr Bar
19.30 Uhr Vortrag und Film
Eintritt frei. Kollekte.**

Schweizerische Friedensbewegung (SFB) Bern

Frauen gegen den Krieg

Friedensfrauen in unfriedlichen Zeiten

Frieden ist ein Begriff mit vielen unterschiedlichen Bedeutungen. Aktuell dominiert das Credo, Frieden sei das Resultat von Powerplay und Deals. 20 Jahre nach der Kandidatur «1000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005» erzählen Friedensaktivistinnen aus dem Sudan, den USA, Israel und Burundi, wie sie heute für ihre Vision einer gerechteren Welt, frei von Gewalt und Unterdrückung, eintreten.

Von Gabriela Neuhaus

Im Sudan gehört Krieg seit Jahren zum Alltag. Die jüngste Gewalteskalation gilt mittlerweile als die weltweit «grösste humanitäre Krise der Welt» – mit Hunderttausenden von Toten und Millionen auf der Flucht. Die Lage scheint aussichtslos; von der UNO initiierte Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen sind bisher alle gescheitert. Kein Zufall, sagt die Sudanerin Asha El-Karib, die sich seit Jahrzehnten für eine demokratische, gerechte Gesellschaft in ihrem Land engagiert: «Die gängigen Verhandlungsmuster bei den Friedensprozessen stellen stets die Teilung von Macht und Reichtum ins Zentrum.» Dies habe zur Folge, dass jedem Friedensabkommen schon der Keim für den nächsten Krieg innewohne. Sie stellt dem Feilschen um Macht, Land und Bodenschätze, das im Sudan wie anderswo sogenannte «Friedensver-



Asha El-Karib. Quelle: Offroad Reports.

handlungen» dominiert, eine ganz andere Vorstellung von Frieden gegenüber: «Frauen definieren Frieden kurz und bündig als Abwesenheit von Angst. Sie wollen beim Schlafengehen den Kopf aufs Kissen legen, ohne sich Sorgen darüber machen zu müssen, ob die Kinder am nächsten Tag zur Schule gehen können oder ob es genügend Essen auf dem Tisch haben wird...»

Wenn die Kriegsherren das Bärenfell unter sich verteilen und anschliessend mit viel Brimborium einen Friedensvertrag unterzeichnen, spielen die grundlegenden Bedürfnisse der kriegsversehrten Menschen in aller Regel keine Rolle. Asha El-Karib und ihre Mitsprecherinnen fordern deshalb seit

Jahren, dass Frauen bei Friedensprozessen mitbestimmen. Solange weiterhin Unterdrückung, Ausbeutung und Armut herrschen, sagt Asha El-Karib, werde es keinen Frieden geben: «Aus feministischer Sicht heisst Frieden soziale Gerechtigkeit, Gleichheit vor dem Gesetz, keine Diskriminierung und keine Gewalt.»

Vor 20 Jahren wollte ein Projekt aus der Schweiz mit der Kandidatur von «1000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005» diesem Ansatz von Friedensarbeit mehr Sichtbarkeit und Gewicht verleihen. Asha war damals Mitglied des internationalen Koordinationsteams, wir begleiteten das Projekt mit der Kamera und porträtierten für unseren Dokumentarfilm Friedensaktivistinnen im Sudan, in den USA, in Burundi, Israel und Palästina. «1000 Frauen und ein Traum»* ist ein Film, der bis heute Gültigkeit hat und immer noch Mut und Hoffnung macht, obschon die Frauen den Friedensnobelpreis damals nicht erhalten haben.

Die Welt sieht heute nicht weniger düster aus als 2005 – im Gegenteil. Angesichts der eskalierten Entwicklungen im Sudan und in Palästina wollte ich wissen, wie es den Frauen heute geht, die wir im Film damals interviewt und porträtiert hatten.

Das erste Gespräch führte ich mit Margo Okazawa Rey in den USA, die ihre reichen Erfahrungen aus der feministischen Friedensbewegung bei der Nominierung der 1000 Friedensfrauen ins Koordinationsteam eingebracht hatte. Heute stellt sie ernüchtert fest, dass von der Utopie, die das Projekt vor 20 Jahren beflügelt hat, nicht viel übrig geblieben ist. «Ich verstehe das Ausmass an Grausamkeit nicht, das man auf dieser Welt einfach hinnimmt – nicht nur in Palästina, auch an unzähligen anderen Orten, und auf so viele unterschiedliche Arten», fasst die mittlerweile emeritierte Professorin für Soziologie zusammen.

Rückschläge und Abhängigkeiten

Selbstkritisch stellt sie fest, dass es weder der Frauen- noch der Friedensbewegung in den letzten 40 Jahren gelungen ist, ihren Visionen und Überzeugungen zum Durchbruch zu verhelfen. Stattdessen ist der Spielraum für Frauen und friedenspolitische Bewegungen überall enger gewor-

den. Der gegenwärtig dominierende politische Rechtsdrall schwächt oppositionelle Organisationen weltweit.

Geld spiele dabei eine entscheidende Rolle, sagt Margo: In den USA, wie auch in Europa oder in der Schweiz würden aktuell die sozialen Mittel zugunsten von Milliardeninvestitionen zwecks Aufrüstung drastisch gekürzt. Fatal sei dies insbesondere für all jene NGOs und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die ihre Aktivitäten mithilfe staatlicher Subventionen auf- und ausgebaut haben. Heute zeige sich, so Margo bitteres Fazit, dass diese Organisationen ihre in der Vergangenheit erzielten Erfolge einem strategischen Fehler verdankten.

Die finanzielle Abhängigkeit von staatlichen Geldgebern und Stiftungen wirken sich dort besonders negativ aus, wo die gesellschaftspolitischen Ziele der Akteur:innen und jene der Geldgeber auseinanderklaffen. Als Beispiel nennt Margo Israels Genozid in Gaza: Aus Sorge, durch ein klares Statement für Frieden und Menschenrechte staatliche Subventionen zu verlieren, würden sich viele westliche Organisationen darum drücken, Position zu beziehen. Eine opportunistische Haltung, um zu überleben. Mit Friedensorganisationen, die zu Kriegsverbrechen schweigen, sei der angestrebte Wandel aber niemals zu erreichen, konstatiert Margo: «Die notwendigen, tiefgreifenden Veränderungen, die es für die Schaffung einer friedlichen und gerechten Gesellschaft braucht, werden von jenen Menschen getragen, die nicht aufgeben, wenn es schwierig wird.»

Bedroht, verfolgt und ungebrochen

Maggie Barankitse ist so eine Frau, die nie aufgibt. Sie hat in den 1990er Jahren den verheerenden Bürgerkrieg in Burundi wie durch ein Wunder überlebt und sich seither der Versöhnungs- und Friedensarbeit verschrieben. Als wir sie im Frühjahr 2004 bei der Arbeit porträtierten, war ihr Projekt «Maison Shalom» eine blühende Institution. Das von Maggie gegründete Friedensdorf, wo Hutu- und Tutsi-Kinder gemeinsam aufwachsen konnten, galt als internationales Vorzeigemodell. In Burundi selber hatte Maggie Barankitse als «Maman der Nation» einen Prominentenstatus.

Mit der erneuten politischen Krise in Burundi änderte sich das 2015 schlagartig: Maggie fiel in Ungnade und musste erneut um ihr Leben bangen. «Mein Verbrechen war, dass ich zum Präsidenten der Republik Burundi gesagt habe, dass ich nicht länger zu seinen Untaten schweigen könne. Das hat mich ins Exil getrieben», erzählt sie anlässlich unseres Zoom-Gesprächs im Frühjahr 2025. Bis heute sei sie stolz darauf, dass sie es gewagt habe, gegenüber dem mächtigsten Mann im Land den Mund aufzumachen und die wirklichen Probleme zu benennen: «In diesem Moment habe ich es vorgezogen, alles zu verlieren,



Koordinatorinnentreffen für das Friedensnobelpreis-Projekt. Quelle: Offroad Reports.

als weiterhin Teil dieses Systems zu bleiben.»

Mit Unterstützung der belgischen Botschaft konnte sie bei Nacht und Nebel nach Europa fliehen. Dort hat sie es aber nicht lange ausgehalten: Kaum angekommen, setzte sie alles daran, zu ihren Leuten zurückzukehren. Nicht nach Burundi, wo das Maison Shalom in Trümmern lag und sie bis heute als Persona non grata mit Verfolgung und Tod rechnen muss, sondern ins Nachbarland Ruanda. Dort leben seit den Unruhen 2015 über 60 000 Geflüchtete aus Burundi. Menschen mit normalen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Talenten, in einer abnormalen Situation, wie es Maggie formuliert.

Dort hat sie mit ihrer Arbeit noch einmal von vorne begonnen, unter noch schwierigeren Bedingungen. «Im Lager habe ich Nähateliers initiiert, Lederbearbeitung für die Herstellung von Schuhen, die Produktion von Nahrungsmitteln – und ich habe sie in die Schule geschickt», schildert die unermüdete Kämpferin für Frieden und Gerechtigkeit die Anfänge ihrer Aufbauarbeit in Ruanda. In der Hauptstadt Kigali hat sie zudem eine international anerkannte Schule gegründet, wo Kinder und Jugendliche aus dem Lager und aus der Stadt gemeinsam unterrichtet werden. «Jedes Kind hat das Recht auf Zugang zu einer exzellenten Schule, wo menschliche Werte wie Mitgefühl, Würde, Integrität, gutes Wissen und Solidarität vermittelt und gelebt werden», sagt Maggie Barankitse und schlägt den Bogen zu ihrem Lebenswerk in Burundi: «Man hat die Häuser des Zentrums zerstört, aber das Maison Shalom lebt weiter. Seine Botschaft, dass die Welt uns allen gehört und wir als Schwestern und Brüder zusammenleben können, diese Botschaft kann niemand zerstören.»

In die gleiche Richtung weist die Friedensbotschaft von Margo Okazawa Rey, wenn sie für menschliche Sicherheit, basierend auf dem Selbstbestimmungsrecht der Menschen und dem Schutz unserer Ressourcen plädiert und klarstellt: «Das Militär wird unser Leben niemals sicherer machen – im Gegenteil, die Militarisierung steht sogar im Widerspruch zu unserer Definition von menschlicher Sicherheit und beeinträchtigt sie.»

Security versus Safety

Die israelische Psychiaterin Ruchama Marton geht diesbezüglich noch einen Schritt weiter, sie sagt: «Security kills safety.» Menschliche Sicherheit (safety) basiere auf Beziehungen und Vertrauen, beides werde durch den Aufbau struktureller Sicherheitsmassnahmen und Militarisierung zerstört. Das beste Beispiel dafür sei Israel: «Der israelische Staat investiert viel Geld, um mich zu schützen. Das alles ist aber eine gros-

se Lüge – der beste Beweis dafür ist der 7. Oktober 2023...» – Anlässlich unserer Dreharbeiten hatten wir die für das Nobelpreisprojekt nominierte Friedensaktivistin 2005 ins Westjordanland begleitet, wo Dörfer und Städte der Palästinenser:innen durch die damals neu erstellte Mauer nicht nur von Israel, sondern auch von ihren eigenen Landwirtschaftsflächen und Nachbarn abgetrennt worden waren. Im Interview sagte sie damals: «Wir sind gegen diese Trennung und lehnen jegliche Separierungen ab. Dafür gibt es nur ein Mittel: Man muss die Grenze immer wieder überschreiten und den Menschen auf der anderen Seite auf persönlicher, professioneller und politischer Ebene begegnen.» Seit ihrem Militärdienst in den 1950er-Jahren engagiert sich die Ärztin gegen die israelische Besatzungspolitik und für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen in der Region zwischen Jordan und Mittelmeer – «From the river to the sea».

Damit gehörte sie allerdings schon immer zu einer kleinen Minderheit in Israel, deren Stimmen von den Machthabern systematisch unterdrückt werden. Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich die Situation weiter verschärft. Die mittlerweile 87jährige Menschenrechtsaktivistin und Gründerin der Organisation «Ärzte für Menschenrechte Israel» lebt heute zurückgezogen und sagt, sie fühle sich oft einsam. Nicht nur, weil viele ihrer Weggefährt:innen bereits verstorben sind, sondern weil die überwiegende Mehrheit der jüdischen Bevölkerung in ihrem Land die Vertreibung und den Genozid an der palästinensischen Bevölkerung gutheisst und auch, weil ihre Kontakte mit den Menschen jenseits der Mauer zwangenermassen praktisch unmöglich geworden sind. «Ich sehe keinen Ausweg, es sei denn, das ganze Denken verändert sich von Grund auf», sagt sie – und weiss auch, was dafür getan werden müsste: «Man könnte das riesige Sicherheitsbudget statt fürs Militär auch ganz anders nutzen – nämlich für die Bildung der Menschen. Um eine Gesellschaft zu schaffen, in der Freundlichkeit nicht mehr als Schwäche gebrandmarkt wird, und das Zusammenleben der Kulturen für alle eine Bereicherung ist.»

Es bleibt die (leider) rhetorische Frage, wer den Friedensnobelpreis 2026 eher erhalten wird: Donald Trump oder die 1000 Frauen, stellvertreten für all jene Frauen weltweit, die sich immer noch und immer wieder für eine Welt ohne Kriegs- und Existenzängste engagieren...

*1000 Frauen und ein Traum, Dokumentarfilm von Gabriela Neuhaus und Angelo Scudeletti, © Offroad Reports GmbH Zürich, 2005. Dauer: 55 Minuten. Originalversionen deutsch und englisch mit Untertiteln. www.1000womenfilm.ch

Inserat

KOPFÜBER IN DEN KRIEG
GEGEN RÜSTUNGSWAHN UND MEDIALE MOBILMACHUNG

SA., 10. JANUAR 2026
31. INTERNATIONALE ROSA-LUXEMBURG-KONFERENZ

Jetzt Ticket sichern!

Die Tageszeitung **junge Welt**
Melodie & Rhythmus

Maria Corina Machado wird ausgezeichnet

Friedensnobelpreis im Dienste des liberalen Imperialismus

Der Friedensnobelpreis wurde schon vielen fragwürdigen Figuren verliehen. Wieso wurde dieses Jahr gerade die venezolanische Oppositionspolitikerin Machado gewählt? Der Artikel zeigt: Die diesjährige Auszeichnung ist eine klare Botschaft an Trump und ein Plädoyer für neokonservative Aussenpolitik.

Von Timeo Antognini

Nachdem Donald Trump monatelang den Friedensnobelpreis im Visier hatte und sich seine Freunde weltweit für seine Auszeichnung eingesetzt hatten, wurde der US-Präsident (zu Recht) herb enttäuscht. Der Nobelpreis geht an die venezolanische Oppositionspolitikerin Maria Corina Machado. In seiner Analyse spricht SRF-Journalist Fredy Gsteiger von einer Lektion an die Adresse Trumps. Die Botschaft des Nobelkomitees laute, dass «ein langfristiger und stabiler Friede demokratische Verhältnisse voraussetzt». Wenn man sich die diesjährige Gewinnerin jedoch genauer anschaut, wird deutlich, dass sich das norwegische Komitee für den liberalen Imperialismus ausgesprochen hat.

Frieden durch Demokratie?

Es überrascht daher nicht, dass die Wahl Machados von den liberalen Medien sehr gut aufgenommen wurde. Sie wird als Belohnung für eine liberale, demokratische Haltung gegenüber einem autoritären Präsidenten gewertet. Die vorherrschende Mainstream-Analyse stellt Trump auf die Seite der Autokraten, während Machado zu den erleuchteten Demokraten gezählt wird. Für die Liberalen bedeutet Demokratie jedoch etwas ganz Bestimmtes: Loyalität gegenüber dem kollektiven Westen, Unterstützung des freien Marktes und der liberalen Globalisierung.

Ganz nach dem Gusto der Neokonservativen wird Frieden vom Komitee nicht als Wille zur Koexistenz und Verständigung ausgelegt, sondern als Durchsetzung der liberalen Demokra-

tie auf internationaler Ebene. Gsteigers Begeisterung gründet genau auf diesem Prinzip: «Denn es kommt eben nicht nur darauf an, ob jemand in einem konkreten Konflikt zum Frieden beiträgt, sondern auch um die grundsätzliche Haltung einer Person zu Demokratie und Völkerrecht.»

Im SRF-Artikel wird behauptet, dass Kriege hauptsächlich von Autokraten ausgehen würden, weshalb Demokratie die beste Garantie für Frieden sei. Eine Quelle nennt der Autor dabei nicht, genauso wenig wie er den Begriff «Autokrat» definiert. Wenn wir aber die grossen Kriege der letzten Jahrzehnte analysieren, so müssen wir zum Schluss kommen, dass sie hauptsächlich von sogenannten «liberalen Demokratien» geführt wurden.

Krieg für den Frieden?

Da die liberale Analyse die Demokratie (in ihrer westlichen Ausprägung) als Garantie für den Frieden betrachtet, wird auch ihr militärischer Export legitim. Machado hat nicht nur Oppositionsarbeit im eigenen Land gemacht, verlorene Wahlen als gewonnene bezeichnet, sondern vor allem bei der US-Regierung für militärische Interventionen in Venezuela geworben.

Gleich erinnert man sich an den liberalen Philosophen und vehementen Verfechter der liberalen Demokratie Karl Popper zurück, der im Jahr 1992 bekanntlich sagte: «Unser erstes Ziel heute muss der Friede sein. Der ist sehr schwer zu erreichen in einer Welt wie der unseren, wo Leute wie Sad-

dam Hussein und ähnliche Diktatoren existieren. Wir dürfen hier nicht davor zurückschrecken, für den Frieden Krieg zu führen.»

Nach diesem Motto führten die USA und ihre Verbündeten seit dem Ende des Kalten Krieges eine ganze Reihe von Interventionskriegen, die als Förderung von Demokratie und Menschenrechten ausgegeben wurden: Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen und so weiter. Israel begeht sogar einen Genozid, während es von seinen westlichen Verbündeten als «einzige Demokratie im Nahen Osten» bezeichnet wird. So erscheinen dann auch die militärischen Interventionen als Demokratieförderung. Oder wie Kanzler Friedrich Merz sagte: «Das ist die Drecksarbeit, die Israel macht – für uns alle.» Machado ist im Übrigen eine grosse Unterstützerin Israels. Welch eine Überraschung!

Genau diese Politik der militärischen Intervention im Namen des Friedens, dieser Menschenrechtsimperialismus, wird vom Nobelkomitee mit der Wahl Machados unterstützt.

Frieden im Liberalismus und im Sozialismus

Die westlichen Länder offenbaren damit erneut, wie sehr sie in einer imperialistischen Logik gefangen sind. Zivilisation, Menschenrechte und Demokratie müssen den Barbaren noch immer mit dem Bajonett in der Hand beigebracht werden, denn allein sind sie offenbar nicht dazu im Stande.

Diese imperialistische Denkweise wurde von Beginn an von der sozialistischen Bewegung in Frage gestellt. Für sie war und ist der Kampf für den Frieden ein integraler Bestandteil des Klassenkampfes. In den imperialistischen Zentren Europas und der USA musste die Arbeiter:innenklasse gegen



Maria Corina Machado am WEF in Rio de Janeiro, Brasilien, 2011. Quelle: zVg.

ihre eigene Opferung an der Front, als «Rohmaterial» der kapitalistischen Eliten, kämpfen. Im Globalen Süden, in den Kolonien, war es ein Kampf ganzer Nationen und Völker gegen Unterdrückung und Enthumanisierung. Diese Kämpfe behalten noch heute ihre Aktualität. In Europa besteht die Gefahr, in einen neuen heissen Krieg mit Russland hineingezogen zu werden, und im Globalen Süden gilt es den Neokolonialismus, die ökonomische und kulturelle Abhängigkeit zu bekämpfen. Deshalb bestehen gerade die Länder des Globalen Südens auf eine Demokratisierung der internationalen Beziehungen.

Demgegenüber sprechen Liberale im Westen gerne von Demokratie und Menschenrechten, unterstützen aber gleichzeitig das Prinzip des «Rechts des Stärkeren», das von ihnen in den letzten 30 Jahren frei ausgelebt wurde. Während sie die Flagge der Demokratie schwenkten, ignorierten sie das Völkerrecht und die Souveränität der Nationen.

Nobelpreis als Vorbereitung auf Regime Change?

Dementsprechend muss befürchtet werden, dass dieser Nobelpreis die nächste Regime-Change-Operation

des Westens im Voraus als notwendiger, der Sache des Friedens dienender Krieg rechtfertigen wird. Trump wird zwar äusserst wütend auf das Nobelkomitee sein, gleichzeitig ist es aber für ihn das perfekte Geschenk, um seine interventionistische Politik in Lateinamerika zu eskalieren.

Letztendlich erinnert der diesjährige Nobelpreis daran, dass trotz rechtspopulistischer Aufschwung der liberale Konsensus nach wie vor sehr breit ist. Er erstreckt sich von einem Teil der Friedensorganisationen und über die Sozialdemokratie bis hin zur radikalen Rechten. Die Lektion für Trump war nicht, dass Demokratie wichtig ist, sondern dass er, um seine Akzeptanz in der liberalen Elite zu wahren, die neokonservative Politik an allen Fronten weiterführen muss, in Russland, in Lateinamerika aber auch in China.

Als Friedensbewegte müssen wir befürchten, dass der Begriff «Frieden» nachhaltig beschädigt wurde. Die Friedensorganisation Code Pink reagierte dementsprechend auf die diesjährige Vergabe des Preises mit einem vielsagenden Satz: «Wenn Maria Corina Machado den Friedensnobelpreis gewinnt, hat «Frieden» seine Bedeutung verloren.»

Referendum gegen die Revision des Zivildienstgesetzes

Zivildienst retten!

Der Bund plant, den Zugang zum Zivildienst zu erschweren. Nun wurde vom Zivildienstverband CIVIVA und anderen Gruppen das Referendum gegen die Gesetzesrevision lanciert. Die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen muss erhalten bleiben.

Von Stefano Araújo

Die Schweizerische Zivildienstverband (CIVIVA) hat zusammen mit anderen pazifistischen und progressiven Vereinigungen beschlossen, ein Referendum gegen die Revision des Zivildienstgesetzes (ZDG) zu lancieren, das am 24. September 2025 von beiden Kammern des Bundesparlaments verabschiedet wurde.

Die Gesetzesreform soll den Wechsel vom Militärdienst zum Zivildienst nach Abschluss der Rekrutenschule weniger attraktiv machen. Insbesondere müssen sich diejenigen, die sich für den Zivildienst entscheiden, zu mindestens 150 Diensttagen verpflichten, wobei für die Berechnung der zu leistenden Tage ein Korrekturfaktor von 1,5 angewendet wird, auch für Unteroffiziere und Offiziere. Darüber hinaus würde die Verpflichtung bestehen, unmittelbar nach der Zulassung für einen längeren Zeitraum Dienst zu leisten, ohne die eigene Beschäftigungs- oder Ausbildungssituation zu berücksichtigen. Das Ziel der Bundesbehörden ist es, die Zahl der Zulassungen zum Zivildienst von derzeit 6800 auf 4000 zu reduzieren. Dies entspricht

einem Rückgang der Zahl der zugelassenen Zivildienstleistenden um 41 Prozent.

Die Revision des Zivildienstgesetzes stellt einen Frontalangriff auf das verfassungsmässige Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen dar. Es sei daran erinnert, dass das Recht auf Zivildienst nach jahrzehntelangem antimilitaristischem Kampf und jahrzehntelanger Inhaftierung von Wehrdienstverweigerern aus Gewissensgründen entstanden ist. Es besteht auch die konkrete Gefahr, dass in Kürze wieder eine Gewissensprüfung für den Übergang zum Zivildienst eingeführt wird, was ein weiteres Hindernis für den Wechsel von der Armee zum Zivildienst darstellt.

Diese Revision birgt zwei grosse Risiken. Erstens leisten Zivildienstleistende einen wesentlichen Beitrag in verschiedenen öffentlichen Diensten und Bereichen, in denen es bereits an Arbeitskräften mangelt. Man denke nur an ihren Beitrag in Krankenhäusern, Altenheimen, Bibliotheken und Archiven, aber auch im Naturschutz, da viele Zivildienstleistende

an wichtigen Projekten zum Schutz der Schweizer Umwelt beteiligt sind. Ein wichtiger Beitrag für die Gemeinschaft droht verloren zu gehen. Zweitens besteht angesichts der aktuellen internationalen geopolitischen Spannungen die konkrete Gefahr, dass Wehrpflichtige, die nicht in den Zivildienst wechseln können, in Konflikte im Ausland verwickelt werden, wenn sie in der Armee bleiben. So hat sich beispielsweise der Chef der Armee, Thomas Süssli, kürzlich dafür ausgesprochen, möglicherweise Schweizer Truppen in die Ukraine zu entsenden und die Präsenz im Kosovo als Teil der KFOR fortzusetzen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Zivildienst ein wichtiger Bereich im Kampf gegen Militarismus und Aufrüstung und für Frieden und Neutralität ist. Der Zivildienst muss ein unantastbares Verfassungsrecht bleiben, das mit aller Kraft verteidigt werden muss. Aus diesem Grund unterstützen wir als Schweizerische Friedensbewegung das von CIVIVA lancierte Referendum und rufen die Bevölkerung auf, das Referendum gegen die Revision des Zivildienstgesetzes im Namen des Friedens, der Neutralität und gegen die überall wehenden Winde des Krieges und Militarismus zu unterzeichnen.

Mehr Infos zum Referendum:
www.zivildienst-retten.ch

Buchtipps

Jonas Tögel: Kognitive Kriegsführung. Neueste Manipulationstechniken als Waffengattung der NATO. Westend Verlag 2023, 256 Seiten.

«Kognitive Kriegsführung» (Cognitive Warfare) ist die Verfeinerung und Weiterentwicklung der Manipulationstechniken zur Kriegsvorbereitung und zur Begleitung von Kriegen. Jonas Tögel beschreibt, wie die NATO diese Techniken sehr zielstrebig zu perfektionieren versucht. «Kognitiv» meint dabei den Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen. Die NATO erweitert so ihre fünf Kriegsschauplätze – zu Wasser, zu Lande, in der Luft, im Internet und im Weltraum – um «Soft Power». Soft Power stützt sich systematisch auf Psychologie, Sozialwissenschaften, Geschichte, Kultur und Sprache zur Beeinflussung von Menschen. Dass nichts dem Zufall überlassen werden soll, zeigt die Zusammenarbeit der NATO mit Wissenschaftlern, die sich an der Stabilisierung der öffentlichen Meinung im eigenen Land und an der Destabilisierung des Feindeslandes beteiligen. Besonders interessant: Zu diesem Zweck führt die NATO zahlreiche Workshops durch. Zudem organisiert sie seit 2017 zweimal pro Jahr offene Innovationswettbewerbe mit Preisgeldern, die besonders für Jungunternehmer interessant sind. Jonas Tögel beschreibt einige dieser Innovationen.

Das Buch kann allen Leserinnen und Lesern empfohlen werden, die sich für die Geschichte und Entwicklung der Kriegspsychologie und -propaganda interessieren. Es vermittelt



spannende Einblicke in Techniken, die uns alle beeinflussen und auf Linie bringen sollen.

Weitere empfehlenswerte Bücher zum Thema NATO und Propaganda allgemein:

- Sevim Dagdelen: Die NATO. Eine Abrechnung mit dem Wertebündnis. Westend Verlag 2024, 128 Seiten
- Anne Morelli: Die Prinzipien der Kriegspropaganda. Aus dem Französischen von Marianne Schönbach. Zu Klampen Verlag 2014, 121 Seiten
- Arthur Ponsonby: Lügen in Kriegzeiten. Aus dem Englischen. Original 1928, deutsche Neuausgabe. Westend Verlag 2022, 208 Seiten
- A. B. Abrams: Atrocity Fabrication and its Consequences. Clarity Press 2023 (auch als eBook), 528 Seiten (Ueli Schlegel)

Bestellungen bei der Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel
Telefon: 061 261 02 89,
Mail: buecher-waser@bluewin.ch

Lügen und Fake News

Propaganda in Zeiten der Kriege

Von der «Brutkastenlüge» bis zu modernen «Fake News» – Propaganda begleitet jede militärische Auseinandersetzung. Was früher grobe Fälschung war, ist heute hochprofessionelle psychologische Kriegsführung. Die NATO investiert gezielt in die Beeinflussung von Meinungen und Emotionen.

Von Ueli Schlegel

Kriegspropaganda ist so alt wie die Kriege. Der Feind muss verteufelt werden, die eigenen Ziele müssen verklärt werden. Hass gegen den Feind, Angst vor ihm muss geschürt werden, zugleich muss er aber als schwach und dumm dargestellt werden. Nur so kann die Bevölkerung eines Landes auf die Ziele der Kriegsherren eingespurt werden. Die NATO überlässt nichts dem Zufall, sie hat die Propagandafabrikation perfektioniert. Am «NATO Defense College» in Rom und am «NATO Kompetenzzentrum» in Riga werden Militärs, Beamte und Diplomaten in sogenannter «strategischer Kommunikation» geschult, wie im Buch von Sevim Dagdelen über die NATO nachzulesen ist. Jonas Tögel beschreibt in seinem Buch «Kognitive Kriegsführung» wie die NATO die psychologischen Techniken zur Beeinflussung der Menschen jedes Jahr weiter perfektioniert und dazu Wettbewerbe für junge Unternehmen (Start-Ups) ausschreibt.

Das Problematischste an der Sache ist wohl, dass grosse Medien die Propaganda-Erzählungen weitergeben, auch wenn es wenig plausible Schauergeschichten sind, ohne sie kritisch zu hinterfragen. Der sogenannte «eingebettete Journalismus» auf einer Seite der Kriegsparteien war im völkerrechtswidrigen Krieg der USA gegen den Irak 2003 noch erzwungen. Heute übernehmen Medienkonzerne die Einseitigkeit freiwillig, ohne die Gegenseite fair zu befragen. Das macht die Medien unglaubwürdiger. Immer mehr Menschen spüren, dass etwas nicht stimmen kann, stehen den Medienmachern zunehmend kritisch gegenüber und beschaffen sich Informationen aus anderen Quellen (zum Beispiel von dieser Zeitung).

Natürlich gibt es auch von Seite des jeweiligen Kriegsgegners viel Propaganda für die eigene Sache und gegen die andere Kriegspartei. Wir beschäfti-

gen uns hier mit westlicher Propaganda, weil sie bei uns allgegenwärtig ist und wir ihr kaum entrinnen können.

Schon der berühmte amerikanische Schriftsteller und Journalist Upton Sinclair setzte sich intensiv mit Propaganda auseinander. Im Buch «Sündenlohn, eine Studie des Journalismus» von 1920 beschrieb er, wie sich die Leitmedien in den grossen Streiks der unter miserablen Bedingungen lebenden Arbeiterinnen und Arbeiter fast ausnahmslos auf die Seite der Konzerne, der Polizei und des Staates stellten. Diese schlugen die Streiks brutal nieder. Die Medien gaben hauptsächlich die Meinungen der Konzerne wieder, abweichende Ansichten wurden unterdrückt. Die Mehrzahl der Journalisten folgte dieser politischen Linie.

Schockmeldungen der USA und der NATO

Wir erinnern uns an die Falschmeldungen zum Beginn aller Kriege der USA und der NATO. Es waren Schockgeschichten mit dem Ziel, die Öffentlichkeit zutiefst zu erschüttern und auf die Notwendigkeit eines «humanitären» Krieges gegen politische Gegner zu trimmen. Diesen Horrormeldungen ging allerdings schon vorher – zum Teil jahrelang – eine Propaganda gegen den betroffenen Staat und dessen Regierung voraus. Diese Propaganda war selektiv; befreundete Staaten und befreundete Diktatoren wurden verschont. Einige Beispiele:

- Irak-Kuwait-Krieg, auch zweiter Golfkrieg oder erster Irakkrieg genannt, 1990-1991: «Brutkastenlüge» – das war die Behauptung, irakische Soldaten hätten in Kuwait Babys aus Brutkästen herausgerissen und auf dem Boden sterben lassen. Die Lüge wurde mit der Hilfe der fünfzehnjährigen Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA, die sich als Krankenschwester ausgab, von der

amerikanischen PR-Agentur Hill & Knowlton fabriziert. Die Horrorgeschichte hatte einen riesigen Erfolg, sie wurde von den Medien überall verbreitet, sogar Amnesty International sass der Lüge auf.

- Völkerrechtswidriger Krieg der NATO gegen Jugoslawien, 1999: «Hufeisenlüge» und «Fussballspiele der Serben mit abgetrennten albanischen Köpfen» – das waren die Geschichten, die von den Medien und dem deutschen Aussenminister Rudolf Scharping verbreitet wurden, um die rechtswidrige Erlaubnis zu Durchflugrechten der NATO und die Beteiligung Deutschlands am Krieg zu rechtfertigen.
- Im gleichen Krieg der NATO gegen Jugoslawien, 1999: Das angebliche «Massaker von Raçak an zivilen Dorfbewohnern», das von der NATO als humanitäre Katastrophe dargestellt wurde und somit einen sofortigen Eingriff der NATO verlangte, war mutmasslich ein Kampf der UÇK-Terrororganisation gegen örtliche Polizeikräfte mit Toten auf beiden Seiten.
- Der Missbrauch des Anschlages am 11. September 2001 auf die World-Trade-Center-Türme in New York: 15 der angeblich 19 Attentäter stammten aus Saudi-Arabien, doch der Anschlag diente im Rahmen des sogenannten «Krieges gegen den Terror» sowohl zur Überwachung der eigenen Bevölkerung wie auch zur Vorbereitung der völkerrechtswidrigen Kriege gegen Afghanistan (2001-2021) und gegen den Irak (2003-2011) zusammen mit «Willigen» wie Grossbritannien. Ausschlaggebend war dabei auch die Lügenpropaganda, es seien im Irak Massenvernichtungsmittel gefunden worden; in beiden Kriegen gab es sehr viele Tote und Flüchtlinge, und beide Kriege endeten im Chaos.
- Notabene: In all den genannten Kriegen setzten die USA abgereichertes Uran ein, das bis heute wegen seiner Radioaktivität weiterhin zu gesundheitlichen Schäden der betroffenen Menschen führt.

Westliche und ukrainische Propaganda

Im Krieg zwischen Russland und der Ukraine werden laufend Falschmeldungen kreiert. Manche sind so übertrieben, dass sich die Kriegsseiten jeweils nachträglich diskret wieder von ihnen distanzieren. In den Köpfen der Menschen bleibt jedoch immer etwas



hängen. Im Westen wird in den Medien beinahe ausschliesslich die ukrainische Sichtweise wiedergegeben, und damit auch die ukrainische Propaganda.

- Butscha: Nach dem Abzug der russischen Truppen im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen in Minsk und Istanbul im Frühling 2022 wurden Leichen in den Strassen des ukrainischen Ortes Butscha entdeckt. War es ein schlimmes Massaker der russischen Truppen an der ukrainische Bevölkerung oder handelte es sich um eine Inszenierung der ukrainischen Seite? Die Ukraine und die westlichen Länder beharren auf der ersten Version, die Russische Föderation auf der zweiten. Die Widersprüche der ukrainischen und der westlichen Version bezüglich Ort, Datum, Umständen und Wetterbedingungen zur Zeit des Leichenfundes und verschiedene Indizien wie z.B. die Beharrlichkeit, mit der die russische Seite eine wissenschaftliche Aufklärung verlangt, deuten eher darauf hin, dass die westliche Version nicht stimmt. Möglicherweise kam es zu russischen und ukrainischen Kriegsverbrechen in der Region um Kiew. Klar ist, dass der Fall Butscha von westlichen Kräften propagandistisch genutzt wurde, um die laufenden Friedensverhandlungen zu torpedieren und eine Verhandlungslösung des Konflikts zu verhindern.

- Die angebliche Entführung von mehreren 10000 oder sogar mehreren 100000 ukrainischen Kindern durch die Russen: Diese ukrainische Propagandastück ist wohl das absurdeste von allen. Wir müssen uns konkret vorstellen, wie die Russen womöglich unter laufendem Beschuss so viele zusammengesuchte, von ihren Eltern verlassene Kinder eingesammelt und mit Tausenden von Autos und (zivilen) Bussen unbemerkt irgendwohin weit weg gebracht haben sollten. Die ukrainische Seite legte beim Gefangenenaustausch und den Verhandlungen im Sommer 2025 eine Liste von 339 Familien vor, die ihre Kinder vermissten. Einen Teil dieser aus dem Kriegsgebiet evakuierten Kinder konnten die Russen anschliessend zurückgeben, ein Teil der vermissten Kinder lebt jedoch mittlerweile in anderen Ländern, zum Beispiel in Deutschland. Umgekehrt suchen auch Eltern, die sich nun in Russland befinden, ihre Kinder, die auf der anderen Seite der Front geblieben sind. Das ist eine tragische Situation, die wir in allen Kriegen vorfinden. Sie sollte nicht für eine billige, absurde Propaganda missbraucht werden.

- Der Drohnenschreck: Die Behauptung, wir würden durch russische Drohnen bedroht, bleibt hängen, nachdem sie einmal propagandistisch in die Welt gesetzt worden ist – auch wenn sich die meisten vermeintlichen Kampf- oder Aufklärungsdrohnen als abgedriftete Wetterballone oder als Drohnen frecher Hobbyfotografen identifizieren liessen. Die noch unidentifizierten Flugobjekte

werden von der Propaganda selbstverständlich Russland zugeordnet, als ob nicht auch andere Länder Aufklärungsdrohnen fliegen liessen.

- Hier könnten noch zahlreiche weitere Beispiele der NATO- und Ukraine-Propaganda angeführt werden, etwa die «russischen Hackerangriffe» im Zusammenhang mit dem «hybriden Krieg». Erstens können die meist unpolitischen Hackerangriffe, in denen es um Gelderpressungen geht, oft gar nicht lokalisiert werden, und zweitens sind die Hackergruppen oft international zusammengesetzt. Sie bestehen aus gewöhnlichen Kriminellen.

Drei Hauptlinien der israelischen Propaganda

Israel hat drei Hauptlinien in seiner Kriegspropaganda. Aus Platzgründen kann hier nur kurz auf sie eingegangen werden. In der UW vom Dezember 2024 haben wir im Text «Die Militarisierung Israels» die israelische Propaganda und ihre internationalen Zuträger beschrieben.

- Erste Linie: Es stimme alles nicht, was Israel vorgeworfen werde. Wir kennen diese Propagandalinie spätestens seit der Aufrüstung Israels mit Atomwaffen.
- Zweite Linie: Starke Kritik an Israel sei immer Antisemitismus. Es ist die berüchtigte Definition des Antisemitismus der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) aus dem Jahr 2016, die wegen des deutschen Völkermordes an Jüdinnen und Juden für den Staat Israel international gesehen eine Sonderbehandlung verlangt. Die IHRA vermischt hier unzulässig Geschichte, moralische Kriterien und eine absurde politische Absolution eines Staates.
- Dritte Linie (das ist die rassistische Linie, vergleichbar mit dem deutschen Nationalsozialismus, der Slawen «Untermenschen» nannte): «Wir kämpfen gegen menschliche Tiere, und wir handeln entsprechend» (früherer Verteidigungsminister Yoav Gallant am 9. Oktober 2023). Die rassistische Linie vertreten beispielsweise die Siedler bis hin zu Ministern. Zu ihnen gehören Itamar Ben-Gvir, Minister für Nationale Sicherheit; Bezalel Smotrich, Finanzminister; Israel Katz, aktueller Kriegsminister; die Vorsitzende der Siedlerorganisation Nachala, Daniella Weiss. Ihre Eltern waren Mitglieder der Terrororganisation Lechi. Sie selbst unterstützt den terroristischen jüdischen Untergrund.

Der berühmte Schriftsteller Mark Twain («Huckleberry Finn» und «Tom Sawyer»), war Antirassist und Vizepräsident der American Anti-Imperialist League. Er prangerte die Mechanismen an, mit denen Politiker billige Lügen erfinden, um die Schuld dem Gegner zuzuschreiben. Mark Twain sagte, die Menschen nähmen diese Lügen dankbar an, ignorierten alle Gegenbeweise und überzeugten sich selbst, dass der Krieg gerecht sei.

Wir ziehen in den Frieden

Von Udo Lindenberg

Artikel 3:
Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen, oder politischen Anschauungen, oder seiner sexuellen Orientierung benachteiligt oder bevorzugt werden

Ich steh' vor Euch mit meinen alten Träumen
Von Love and Peace
und jeder Mensch ist frei
Wenn wir zusammen aufsteh'n,
kann das wahr sein
Es ist so weit, ich frag,
bist du dabei?
Wir haben doch nicht die Mauern eingemessen
Damit die jetzt schon wieder neue bauen
Komm lass' uns jetzt die Friedensflaggen hissen
Wir werden den Kriegen nicht länger tatenlos zuschauen

Komm wir zieh'n in den Frieden
Wir sind mehr, als du glaubst

Wir sind schlafende Riesen
Aber jetzt stehen wir auf
Lass sie ruhig sagen, dass wir Träumer sind
Am Ende werden wir gewinnen
Wir lassen diese Welt nicht untergeh'n
Komm wir zieh'n in den Frieden

Artikel 1:
Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.
Sie sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen

Wir sind doch alle Blutsschwestern und -brüder
Wir sind 'ne grosse Menschenfamily
Wir brauchen keine machtgeilen Idioten
Mit ihrem Schmiernegeld von der Waffenindustrie
Ich hör' John Lennon singen
«Give peace a chance»
Und es klingt wie'n Vermächtnis aus dem All
Damit das Weltgewissen endlich aufwacht
Denn es ist fünf Sekunden vor dem

grossen Knall
Aber wir sind überall

Komm wir zieh'n in den Frieden
Wir sind mehr, als du glaubst
Wir sind schlafende Riesen
Aber jetzt stehen wir auf
Lass sie ruhig sagen, dass wir Träumer sind
Am Ende werden wir gewinnen
Wir lassen diese Welt nicht untergeh'n
Komm wir zieh'n in den Frieden
Komm wir zieh'n in den Frieden

Komm wir zieh'n in den Frieden
Wir sind mehr, als du glaubst
Wir sind schlafende Riesen
Aber jetzt stehen wir auf
Und die Mission ist erst erfüllt
Wenn keiner mehr den andern killt
Wir lassen diese Welt nicht untergeh'n

Komm wir zieh'n in den Frieden
Ey, bei all diesen Kriegen
Da kann niemand gewinnen
Stell dir vor, es ist Frieden
Und jeder, jeder geht hin

Widerstand im Globalen Süden

«Venezuela ist heute ein Land im Frieden»

Am 25. Mai 2025 gewährte der venezolanische Vizeminister für Antiblockade-Politik, William Castillo, *Neue Presse* ein exklusives Interview. Natalie Benelli, verantwortliche Koordinatorin von *Neue Presse*, führte das Interview in Caracas, der Hauptstadt Venezuelas.

Von Natalie Benelli

Seit dem Sieg der Bolivarischen Bewegung unter Hugo Chávez Frias bei den Präsidentschaftswahlen von 1998 kämpft Venezuela für seine nationale Souveränität und das Recht, die Einnahmen aus dem Erdölverkauf zugunsten der eigenen Bevölkerung einzusetzen. In den letzten Jahren entwickelte die US-Regierung eine feindselige Haltung gegenüber der Bolivarischen Republik und ihrer Bekräftigung einer unabhängigen, souveränen Politik. In den letzten zehn Jahren haben die USA zunehmend harte einseitige Zwangsmassnahmen gegen Venezuela verhängt im Versuch, die Wirtschaft des Landes zu strangulieren und die Bevölkerung auszuhungern.

Vizeminister Castillo erklärt, welche Auswirkungen dies auf sein Land hat und wie Venezuela auf die Angriffe antwortet.

Die US-Regierung und ihre europäischen Verbündeten haben eine umfassende Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade mit über 1000 einseitigen Zwangsmassnahmen gegen Venezuela erlassen. Wie wirkt sich die Blockade konkret aus?

William Castillo: Die venezolanische Regierung unter Präsident Nicolás Maduro schuf vor vier Jahren eine Beobachtungsstelle zur Erfassung der Zwangsmassnahmen gegen unser Land. Bisher haben wir 1039 Zwangsmassnahmen erfasst. Mehr als 100 Massnahmen richten sich gegen das staatliche Erdöl- und Gasunternehmen PDVSA (Venezuelas wichtigste Einnahmequelle, Anm. d. Red.). PDVSA-Konten bei internationalen Banken wurden blockiert, Raffinerien im Ausland konfisziert und Ölfrachter daran gehindert, um die Welt zu fahren. Venezolanische Vermögenswerte in der Höhe von 22 Milliarden USD in 29 ausländischen Banken, beim Internationalen Währungsfonds und bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank sind gesperrt.

Welche Auswirkungen hat die Blockade auf das tägliche Leben?

Die internationalen Konzernmedien sagen oft, die Sanktionen treffen nicht das ganze Land, sondern nur die Führung. Das stimmt nicht. Wenn dem Staat Ressourcen weggenommen werden, sind die Menschen direkt betroffen. 77 Prozent der Staatsausgaben Venezuelas gehen in Sozialprogramme für die Bevölkerung, einschliesslich kostenloser Gesundheitsversorgung und Bildung, günstigem Wohnraum und dem Zugang zu Kultur. Während der Covid-19-Pandemie konnten wir wegen der Blockade keine Schutzmasken und Medikamente importieren. Internationale Produzenten, die Masken an uns verkauften, wurden von der US-Regierung sanktioniert. Dank der Zusammenarbeit mit befreundeten Ländern, die an das Völkerrecht glauben und die Sanktionen nicht akzeptieren – Länder wie Kuba, Russland und China, die selber sanktioniert werden – konnten wir die Blockade aushebeln und Impfstoffe einführen.

In Venezuela werden alle Herzschrittmacher von Gesetzes wegen kostenlos vom Staat beschafft. Während mehreren Jahren konnten wir keine Herzschrittmacher einkaufen, Leute starben deswegen. 52 Kinder, die in Italien oder Argentinien eine Knochenmark- oder Lebertransplantation erhalten sollten, starben, weil die US-Regierung unsere Konten im Ausland sperrte und wir die Eingriffe nicht bezahlen konnten. Während zwei Jahren konnten wir kein Saatgut einkaufen, was grosse Auswirkungen auf die Landwirtschaft hatte.

Bis vor einigen Jahren importierte Venezuela die Mehrheit der Nahrungsmittel. Heute werden über 90 Prozent der Nahrungsmittel im Land produziert. Wie wurde das möglich?

Wir hingen während vielen Jahren ausschliesslich vom Erdöl ab. Die landwirtschaftliche Produktion war keine Priorität. Als die Blockade begann, war als erstes die Erdölindustrie betroffen und wir mussten die Landwirtschaft zu einem strategischen Gut für die Nation machen. Die Regierung lancierte Programme zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion durch die rund 800000 Bauern, private Unternehmen und die Comunas (kollektive Selbstverwaltungsorganisationen der lokalen Bevölkerung, Anm. d. Red.). Wir schufen ein Zentrum für die Produktion von Saatgut, das von Bauern und Wissenschaftlern geführt wird.

Die Blockade nahm uns die materiellen Mittel zum Leben. Die US-Regierung wollte unsere Wirtschaft erdrosseln. Dank der gemeinsamen Anstrengung des öffentlichen und privaten Sektors, der Bauernfamilien und der Comunas können wir heute den Menschen eine Lebensgrundlage geben.

2004 gründeten die damaligen Staatschefs von Venezuela und Kuba, Hugo Chávez und Fidel Castro, die Bolivarische Alternative der Völker, ALBA. Was ist die Bedeutung von ALBA?

ALBA steht für ein neues Modell der Integration durch fairen Handel – nicht für die Reichen, sondern für die Völker. Wir handeln unter Gleichen. Niemand ist mehr wert als die anderen. Wir ergänzen uns. Chávez sagte, wir müssen unser Erdöl in den Dienst der Völker der Karibik stellen, denn wir sind auch ein karibisches Volk. Daraus entstand Petrocaribe (Programm zum Verkauf von günstigem Erdöl an karibische Staaten, Anm. d. Red.). Zurzeit arbeitet ALBA an einem grossen Projekt mit dem Namen Agroalba. Venezuela hat sehr fruchtbare Anbauflächen. Kleine Inselstaaten der Karibik, die keine eigenen Anbauflächen haben, können einen Teil ihrer Lebensmittel in Venezuela produzieren.

Venezuela ist Mitglied in der Gruppe der Freunde zur Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen. Wie sieht Venezuela seine Rolle in der UNO?

Die Initiative der Gruppe der Freunde der Charta ist sehr wichtig. Sie entstand vor allem durch Venezuela,

Russland, Kuba und China und vereint 18 Länder, die das Völkerrecht verteidigen, also Gleichheit der Staaten, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, Respekt der nationalen Souveränität und der Selbstbestimmung der Völker. Diese Prinzipien begründeten nach dem Zweiten Weltkrieg den Multilateralismus. Sie werden heute unter dem Druck globaler Mächte untergraben.

Die Gruppe der Freunde der Charta ist ein Raum, den es zu stärken gilt. Und wir sind gewillt, mitzuarbeiten. Die Gruppe hat konkrete Erfolge erzielt, sei es im UNO-Menschenrechtsrat oder in der UNO-Generalversammlung, wo wir die Debatte über die einseitigen Zwangsmassnahmen vorantrieben und Alternativen zur Blockade sowie internationale Beziehungen und Handel frei von Sanktionen förderten. Wir haben ein Memorandum mit Russland unterzeichnet, um Beobachtungs- und Forschungszentren über Sanktionen zu schaffen. Auch die Schaffung eines Geldsystems als Alternative zum westlichen System ist Thema.

Was sind die grössten Herausforderungen für Venezuela?

Das wichtigste Ziel haben wir erreicht: Venezuela ist heute ein Land im Frieden. Das ist ein ausserordentlicher Erfolg von Präsident Maduro. Der politische und soziale Frieden ermöglicht die wirtschaftliche Entwicklung. Wir sind das südamerikanische Land, das seit der Pandemie am stärksten wächst – trotz der einseitigen Zwangsmassnahmen. Venezuelas Wirtschaft ist in den letzten vier Jahren um mehr als 6 Prozent gewachsen. Die Investitionsflüsse und der Handel steigen vor allem im privaten Sektor.

Aber das Wichtigste für uns bleiben die Menschen. Die soziale Gleichheit. Simon Bolívar (Befreier Lateinamerikas von der spanischen Kolonialherrschaft und venezolanischer Nationalheld, Anm. d. Red.) sagte: «Gleichheit kann nicht nur in den Gesetzen, auf dem Papier sein. Sie muss praktiziert werden.» Wir sehen heute in der Welt die Zerstörung der sozialen Wohlfahrt und der Rechte der Arbeiter. Der Technofeudalismus mit seinen digitalen Plattformen zerstört die Arbeit als Faktor der Produktion von Wohlstand.

Die Welt ist von Problemen überzogen und wir sind ein Teil der Welt. Wir halten der brutalsten, unmenschlichsten Aggression unserer Geschichte in der Form einer Blockade stand. Die Bolivarische Revolution hat bewiesen, dass wir die schwierigsten Momente überwinden können. Deshalb fühlen wir uns moralisch berechtigt, unseren Gesinnungsgenossen in der Welt zu sagen, ja, der Weg ist lang, aber die Völker sind nicht dazu verdammt, unter der Ausbeutung durch die wohlhabenden Eliten zu leben. Wir haben die Möglichkeit, eine andere Welt aufzubauen.

Das Völkerrecht ist das einzige Instrument, das sich die Menschheit nach zwei Weltkriegen für ein friedliches Zusammenleben gegeben hat. Wir müssen ihm folgen und für eine Welt arbeiten, in der wir alle gleichberechtigt sind.

Welche Botschaft möchten Sie unseren Leserinnen und Lesern mitgeben?

Jede Stimme, die sich für die Wahrheit erhebt – nicht nur über Venezuela, sondern über unsere Völker –, trägt zu einem universellen, weltweiten Bewusstsein für Gerechtigkeit



William Castillo referiert über die internationale Blockadepolitik der USA, die neben Venezuela auch Kuba stark trifft. Quelle: zVg.

bei. Venezuela ist ein Land, das sich seinen eigenen Weg aufbaut, wie er in unserer Verfassung verankert ist. 78 Prozent der Venezolaner wählen diesen Weg (als sie 1999 der neuen Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela zustimmten, Anm. d. Red.). 78 Prozent der Venezolaner sagten, sie wollen einen Sozialstaat.

Sie wollen Rechte – für die indigene Bevölkerung, für die Frauen, für die Kinder, für die Arbeiter. Wir sind daran, dieses Projekt umzusetzen. Wir sind aber auch eine politische Bewegung und als politische Bewegung machen wir Fehler. Wir versuchen nicht, der Welt zu zeigen, dass wir perfekt sind. Wir sagen auch nicht, dass andere das venezolanische Modell übernehmen sollen. Wir wollen die Bolivarische Revolution nicht exportieren.

Wir wollen, dass die Völker Lateinamerikas gerecht behandelt werden,

ihren eigenen Weg einer souveränen Entwicklung gehen und eigene Entschiede treffen können – und dabei auch Fehler machen können. Das ist es, was Europa und die Welt anerkennen müssen. Die Länder Europas haben manchmal noch die Vorstellung, dass wir in Lateinamerika minderwertig sind. Wir werden nie erlauben, dass der Kolonialismus zurückkommt. Wir wollen positive, proaktive und komplementäre Beziehungen. Unsere Botschaft ist eine Botschaft des Friedens und der Einheit. Es ist die Botschaft eines Volkes, das mit grossem politischem Bewusstsein und viel Fröhlichkeit kämpft. Die Revolution muss den Menschen helfen, glücklicher zu sein.

Quelle: *Der Neue Norden*, Nr. 6. Abo für die Zeitschrift *Der Neue Norden*: per Telefon unter 032 517 81 81 oder per Mail an neuepresse@gmx.ch



Aktion der Friedensbewegung in Basel am 21. September. Quelle: zVg.

Weltfriedenswoche 2025

Sichtbar für den Frieden

Die Schweizerische Friedensbewegung hat in der Woche vor dem 21. September und am Weltfriedenstag selber in der ganzen Schweiz Aktionen und Stände durchgeführt. Es war ein Erfolg: Dutzende Helferinnen und Helfer waren vom 15. bis zum 21. September in zehn Städten und Ortschaften unterwegs und haben Tausende Menschen auf die Dringlichkeit von Frieden und Abrüstung aufmerksam gemacht. Dieses Jahr stand die Annäherung der Schweiz an das Kriegsbündnis NATO im Mittelpunkt. Mit einer Infobroschüre und einer Petition wurde den Menschen die Botschaft vermittelt, dass es Frieden nur ohne NATO geben wird. Unsere Friedensaktivist:innen in Bern veranstalteten zusätzlich am 18. September abends eine Friedensfeier mit Apéro, Vortrag, Film und Musik. In Aarau, Basel, Bern,

St. Gallen, Winterthur und Zürich wurden Stände durchgeführt. Kurzfristig wurden auch in Arlesheim, Menzingen und Zug Aktionen und Unterschriftensammlungen durchgeführt. Erfreulich war, dass zum ersten Mal seit längerem die Schweizerische Friedensbewegung in der Westschweiz präsent war und mithilfe von Engagierten in Yverdon-les-Bains einen Stand organisieren konnte. Abgeschlossen wurde die Weltfriedenswoche 2025 mit einer Transpi-Aktion beim Münster in Basel, mit der weit sichtbar ein Zeichen für den Frieden gesetzt wurde.

Die Fotos der Weltfriedenswoche 2025 findet man auf: www.friedensbewegung.ch/weltfriedenswoche-aktionen

SFB-Sekretariat

Pensionskassen finanzieren Genozid

Nicht in meinem Namen!

«Kein Zürcher Geld für den Genozid»: Mit dieser Petition fordert die Partei der Arbeit (PdA), dass die indirekte Mitfinanzierung des Genozids in Palästina durch die Pensionskasse der Stadt Zürich unverzüglich gestoppt wird. Denn diese investiert Gelder in Finanzinstitute, die am Völkermord beteiligt sind.

Von Siro Torresan

«Echt jetzt? Mit meinem Geld aus der Pensionskasse wird der Genozid in Palästina mitfinanziert?», fragt Lorena (Name geändert). Ihr Gesichtsausdruck verrät, dass sie es kaum glauben kann. Sie nimmt den Kugelschreiber in die Hand und sagt: «Natürlich unterschreibe ich die Petition.» Und beim Unterschreiben erklärt sie: «Das habe ich nicht gewusst.» So wie es der etwa 30-jährigen Lehrerin geht, geht es auch der grossen Mehrheit der Arbeiter:innen und Angestellten der Stadt Zürich: Sie sind alle bei der Pensionskasse der Stadt Zürich (PKZH) versichert, zahlen also dort ihre Beiträge ein – ohne zu wissen, dass die

PKZH Gelder in Finanzinstitute investiert, die direkt am Genozid in Palästina mitverantwortlich sind. Die Petition «Kein Zürcher Geld für den Genozid» der Partei der Arbeit Zürich fordert unter anderem den «sofortigen Rückzug sowie die Offenlegung» dieser indirekten Investitionen der PKZH in den Genozid. Aber der Reihe nach.

Mächtig Dreck am Stecken
Die PKZH ist eine selbstständige öffentlich-rechtliche Stiftung. Ihr Auftrag lautet: Verwaltung der Vorsorgegelder der städtischen Angestellten, also Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge. Dazu kommen

Lohnabhängige von 165 «angeschlossenen Betrieben», darunter zahlreiche Baugenossenschaften, Vereine und weitere Organisationen. Die Stadt Zürich ist als Vertreterin der Arbeitgeberseite direkt an der Verwaltung der PKZH beteiligt. Im Jahr 2024 verwaltete die PKZH ein Vermögen von rund 22,2 Milliarden Franken. Ein Teil dieses Geldes (wie hoch dieser Anteil ist, verrät die PKZH jedoch nicht) wird unter anderem in folgende Finanzinstitute investiert: BlackRock, Morgan Stanley und PIMCO. Dies geht aus den «Wirtschaftsmandaten 2025» hervor.

Alle diese drei Finanzunternehmen haben mächtig Dreck am Stecken: Das US-amerikanische Finanzinstitut PIMCO ist mit fast einer Milliarde US-Dollar der grösste Investor in israelische Staatsanleihen seit Oktober 2023, die zur Finanzierung militärischer Operationen in Gaza ausgege-



ben wurden. Der US-Finanzgigant BlackRock hält umfangreiche Anteile an Rüstungsfirmen, die Waffen liefern, welche gezielt gegen die palästinensische Zivilbevölkerung eingesetzt werden. Und Morgan Stanley, wiederum ein US-amerikanisches Finanzunternehmen, ist mit Aktien direkt am israelischen Rüstungskonzern Elbit Systems beteiligt, der die israelische Armee ununterbrochen mit Waffen beliefert.

In einem UN-Bericht von Francesca Albanese, Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die besetzten palästinensischen Gebiete, werden BlackRock sowie PIMCO als «grosse, einflussreiche Finanzakteure» benannt. Zitat: «Durch ihre Investitionen in israelische Staatsanleihen und andere Finanzprodukte unterstützen sie die israelische Besatzung und Militäroperationen.» Weiter hält der Bericht fest, dass beide Finanzunternehmen von Israels «Ökonomie des Genozids» profitieren.

Die Umwege der PKZH

Zurück zur PKZH, die versucht, ihre Hände in Unschuld zu waschen. In ihrem «Anlagereglement», das vom Stiftungsrat im Februar 2025 beschlossen wurde, hält sie Folgendes fest: Es werden Firmen «ausgeschlossen», die in «geächteten Bereichen» tätig sind – konkret Unternehmen, die bei «Herstellung, Lagerung oder Vertrieb» von unter anderem «Streumunition», «Anti-Personenminen» und «Nuklearwaffen» beteiligt sind. Die PKZH umgeht ihr eigenes «Anlagereglement», indem sie nicht direkt beispielsweise in Elbit Systems investiert, sondern über den Umweg Morgan Stanley.

Auch die «Genozidkonvention», die von der Schweiz ratifiziert worden ist, spricht eine klare Sprache. Auf den Punkt gebracht: Die Schweiz ist rechtlich verpflichtet, aktive Schritte zur Verhütung von Leid, Hunger und potenzieller Vernichtung von Zivilbevölkerung zu unternehmen. Das heisst auch, dass die Schweiz in der

Verantwortung steht, wenn Institutionen wie die PKZH «indirekt» Gelder in Finanzinstitute investieren, die den Genozid in Palästina mitfinanzieren und so fette Gewinne einfahren. Wer nur zusieht oder halbherzig handelt, macht sich mitschuldig. Doch auch dies scheint die PKZH nicht besonders zu interessieren. Entsprechend fordert die Petition der PdAZ, dass die PKZH in Zukunft keine Gelder in Finanzunternehmen investieren darf, die «direkt oder indirekt (über Tochtergesellschaften oder Aktienpakete) an der Rüstungsindustrie oder völkerrechtswidrigen Handlungen beteiligt sind». Das Anlagereglement der PKZH sei «dahingehend anzupassen».

Sofort stoppen!

Wie bereits erwähnt, ist die Stadt Zürich als Vertreterin der Arbeitgeberseite direkt an der Verwaltung der PKZH beteiligt. Sie hat mit den beiden Stadtregierungsmitgliedern Raphael Golta (SP) und Daniel Leupi (Grüne) direkte Vertreter im Stiftungsrat der PKZH. Bereits im November 2024 zeigte sich in einer Medienmitteilung der Zürcher Stadtrat «bestürzt über die Entwicklung der humanitären Lage in Gaza». Er sei auch hier wieder dahingehend informiert, dass sich die Situation seither dramatisch verschlimmert hat: Tausende von Toten sind hinzugekommen, darunter zahlreiche Kinder. Die Petition der PdAZ verlangt daher auch: «Die Stadt Zürich muss sich mit ihren Vertretern im Stiftungsrat der PKZH entscheiden dafür einsetzen, dass die Gelder bei BlackRock, Morgan Stanley und PIMCO sofort zurückgezogen werden.»

Kein Zürcher Geld für den Genozid – nicht in meinem Namen, nicht mit meinem Geld! «Diese indirekte Mitfinanzierung des Genozids in Palästina durch die PKZH muss sofort gestoppt werden», fordert die PdAZ in ihrer Petition.

Petition unterschreiben und weitere Infos: pdazuerich.ch

«No Kings»-Proteste in den USA

Humor als Waffe gegen Trump

Nach den massiven «No Kings»-Protesten gegen Trump und seine Politik im Juni folgte am 18. Oktober die grösste eintägige Protestaktion in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Mitten in den beispiellosen und immer heftigeren Angriffen von Präsident Donald Trump auf die Demokratie und den Rechtsstaat in den USA nahmen Millionen Menschen an der zweiten Welle der «No Kings»-Aktionen teil.

Von Soetkin Van Muylem

Die Bezeichnung «No Kings» (Keine Könige) ist eine Anspielung auf die Entstehung der Vereinigten Staaten aus der Rebellion gegen die autoritäre koloniale Herrschaft des Königs von England und symbolisiert heute den Widerstand gegen einen Präsidenten, der nichts lieber wäre als ein absolutistischer Monarch. Seit seinem Amtsantritt im Januar konzentriert er die Exekutivgewalt auf seine Person, stellt sich über das Gesetz, wendet autoritäre Taktiken gegen alles und jeden an, der ihm nicht wohlgesonnen ist, und hält sich für frei von jeglicher Rechenschaftspflicht.

Wie bereits im Vorfeld der ersten «No Kings»-Proteste am 14. Juni – bei denen schätzungsweise 4 bis 6 Millionen Menschen an mehr als 2100 verschiedenen Orten auf die Strasse gingen – wurden die aktuellen Aktionen von den Anhängern des Präsidenten und den Pro-Trump-Medien als «anti-amerikanisch» und «unpatriotisch» dargestellt. Den Teilnehmer:innen wurde vorgeworfen, «Kommunisten» und sogar «Terroristen» zu sein, sowie die Ursache des aktuellen «Shut-downs» der Zentralregierung.

Breite Koalition

Der republikanische Vorsitzende des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, bezeichnete die Aktionen zum Beispiel als «Hate America»-Demonstra-

tionen und warnte, sie würden von der «pro-Hamas» und «Antifa-Meute» bevölkert. (Antifa – eine Abkürzung des Begriffs «Antifaschistisch» – wurde kürzlich von Trump als inländische Terrororganisation eingestuft, obwohl es sich lediglich um einen Sammelbegriff für eine vielgestaltige Bewegung handelt, die aus autonomen Einzelpersonen und Gruppen ohne zentrale Organisationsstruktur oder Führung besteht und sich gegen Faschismus einsetzt.)

In Wirklichkeit werden die friedlichen «No Kings»-Proteste von einer breiten Koalition aus mehr als 200 zivilgesellschaftlichen Organisationen, Verbänden, Gewerkschaften und Basisgruppen organisiert, die alle besorgt sind über die autoritären Tendenzen des derzeitigen Präsidenten. Sie finden Gehör bei vielen Millionen US-Bürger:innen: Menschen, die Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen; Menschen, die aufgrund der Kürzungspolitik im Sozialbereich lebenswichtige Pflege und andere Unterstützung zu verlieren drohen; Menschen, die sich Sorgen über den allgemeinen Abbau öffentlicher Dienstleistungen machen; Menschen in verschiedensten Berufsgruppen; in grosser Zahl entlassene Bundesangestellte; Kleinunternehmer:innen, die von äusserst fragwürdigen Einfuhrzöllen betroffen sind; Menschen, die

sich über Zensur, die Einschränkung der Meinungsfreiheit und Angriffe auf andere Bürgerrechte Sorgen machen; Menschen, die mitansehen müssen, wie ihre Freunde und Familienmitglieder im Rahmen von Trumps aggressiver Anti-Einwanderungspolitik auf der Strasse von Bundesagenten verschleppt werden; Menschen, die über den Einsatz von Militär in verschiedenen US-Städten beunruhigt sind; und viele andere.

Die Vielzahl an Sorgen und Ängsten spiegelte sich bei mehr als 2700 Aktionen in Städten und Gemeinden im ganzen Land in der breiten Palette an Themen und den originellen Slogans auf den bunten Plakaten der Demonstrierenden wider. Humor ist dabei eine wichtige Waffe des friedlichen Protests – besonders gegen einen narzisstischen Präsidenten, der es absolut nicht ertragen kann, ausgelacht zu werden und sich sofort respektlos behandelt fühlt.

Verrückte Outfits

Viele Demonstrierende folgten bereits dem Beispiel von Seth Todd, der vor einigen Wochen erstmals in einem aufblasbaren Froschkostüm bei lokalen Protesten gegen die Einwanderungs- und Zollbehörde ICE in Portland (Oregon) auftauchte und danach viral ging. Auf der grossen Anti-Trump-Kundgebung am Capitol Hill in Washington, D.C. gab es deshalb viele verkleidete Menschen, so dass man leicht Gefahr lief, den Protest mit einem Karnevalsumzug zu verwechseln. «Was in diesem Land passiert, ist so lächerlich und absurd, dass wir gar nicht anders können, als den Männern an der Macht einen Spiegel vorzuhalten», erklärte mir eine Frau mittleren Alters in einem aufblasbaren Hühnerkostüm. Mit ihren fröhlichen und verrückten Outfits wollen die Demonstrierenden auch die Behauptung von Trump und Co. widerlegen, dass der Protest von gefährlichen und gewalttätigen Elementen gesteuert werde.

Der Humor der Aktivistinnen und Aktivisten ändert jedoch nichts daran, dass ihnen der Ernst der Lage zunehmend bewusst wird. Das erste Jahr von Trumps vierjähriger Amtszeit ist noch nicht einmal vorbei. Sie rüsten sich für eine lange Phase des Protests – so wie der unabhängige Senator Bernie Sanders, der seine Rede zum Abschluss der Kundgebung in Washington, D.C. mit den Worten beendete: «Das ist erst der Anfang.»

Quelle: vrede.be, Übersetzung: UW.



«No Kings»-Protest in Washington, D.C. Quelle: zVg.

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail: _____

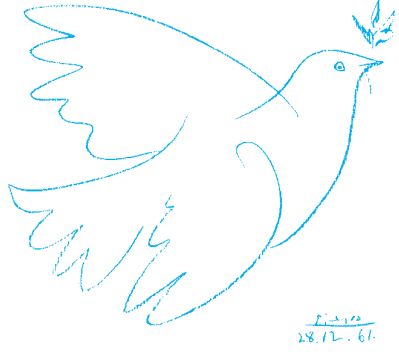
PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Fr. 20.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied der Schweizerischen Friedensbewegung SFB werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 50.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein gratis Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis fünf Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Friedensbewegung SFB, Riehentorstrasse 27, Postfach, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch

ISSN 1423-6826
 unsererwelt@friedensbewegung.ch
 www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Sanktionsgegner unterstützen BDS

Nein zu Sanktionen, Ja zu BDS?

Es scheint ein Widerspruch: Weshalb unterstützen Sanktionsgegner:innen die Bewegung für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS), die explizit Sanktionen gegen Israel fordert? Die internationale Kampagne SanctionsKill zeigt auf, dass es wichtige Unterschiede zwischen BDS und den imperialistischen Sanktionen des Westens gibt.

Die Kampagne SanctionsKill wurde 2019 gegründet, um das Bewusstsein für die menschlichen Kosten der sogenannten «Sanktionen» – wirtschaftliche Zwangsmassnahmen – zu schärfen, die von den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten gegen mehr als 40 Länder verhängt werden. Das Bündnis von Basisaktivist:innen hat das Leid und den Tod aufgedeckt, die diesen Menschen durch die Zwangsmassnahmen zugefügt werden – insbesondere Kindern, älteren Menschen und Personen mit gesundheitlichen Problemen. Die Kampagne unterstützt gleichzeitig auch nachdrücklich die Bewegung für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS), die von der palästinensischen Zivilgesellschaft vorangetrieben wird, als ein legitimes Mittel, Druck auf den siedlerkolonialen Staat Israel auszuüben, damit dieser das Völkerrecht einhält und das unveräusserliche Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung anerkennt.

Es ist wichtig, den Unterschied zwischen BDS und imperialistischen wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen zu verstehen. Neben rechtlichen Unterschieden besteht das wichtigste Merkmal darin, dass BDS ein Einsatz der Bevölkerung ist, um die Komplizenschaft ihrer Regierungen mit den zionistischen kolonialen Verbrechen zu beenden. US-«Sanktionen» hingegen erhalten die imperialistische Hegemonie aufrecht, indem Länder gezwungen werden, sich den wirtschaftlichen und politischen Interessen der USA zu unterwerfen. Die BDS-Bewegung geht hervor aus einem Jahrhundert des Kampfes für die Befreiung Palästinas, getragen von einem globalen Konsens der Völker der Welt, dass die zionistische Apartheid beendet werden muss. Dagegen beruhen von den USA verhängte «Sanktionen» auf fadenscheinigen Anschuldigungen von Menschenrechtsverletzungen, um weiterhin den Reichtum des Globalen Südens zu stehlen und die rassistische Hierarchie im internationalen System zu bewahren.

Eine Definition von Sanktionen

Die Vereinten Nationen beschreiben Sanktionen als restriktive Massnahmen, die vom UN-Sicherheitsrat verhängt werden, um das Völkerrecht durchzusetzen sowie Frieden und Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen. Diese können die «vollständige oder teilweise Unterbrechung wirtschaftlicher, kommunikativer oder diplomatischer Beziehungen» umfassen. Einseitig verhängte Sanktionen (ohne Unterstützung des UN-Sicherheitsrats) verstossen gegen die UN-Charta, und UN-Gremien fordern die Abschaffung solcher «einseitigen Zwangsmassnahmen», wie sie von der US-Regierung verhängt werden. Dieser globale Konsens zeigt sich darin, dass die UN-Generalversammlung seit über 30 aufeinanderfolgenden Jahren nahezu einstimmig für die Abschaffung der US-Blockade gegen Kuba stimmt; Gegenstimmen kommen vor allem von den USA und Israel. Selbst Sanktionen des UN-Sicherheitsrats werden oft von den USA manipuliert, um kollektive Bestrafung von Zivilist:innen durchzusetzen – ein Verstoß gegen die Genfer Konventionen.

men», wie sie von der US-Regierung verhängt werden. Dieser globale Konsens zeigt sich darin, dass die UN-Generalversammlung seit über 30 aufeinanderfolgenden Jahren nahezu einstimmig für die Abschaffung der US-Blockade gegen Kuba stimmt; Gegenstimmen kommen vor allem von den USA und Israel. Selbst Sanktionen des UN-Sicherheitsrats werden oft von den USA manipuliert, um kollektive Bestrafung von Zivilist:innen durchzusetzen – ein Verstoß gegen die Genfer Konventionen.

Was ist BDS und wie funktioniert es?

BDS ist ein Ausdruck eines nationalen Befreiungskampfs, der seit der Gründung der ersten zionistischen Siedlung im Jahr 1878 andauert. Nach dem Arabischen Aufstand von 1936 bis 1939, den jahrzehntelangen Arabischen Boykott ab 1945, der UN-Resolution von 1975, die «Zionismus als eine Form von Rassismus und rassistischer Diskriminierung» deklarierte, der Resolution der Organisation für Afrikanische Einheit von 1975, die zur Unterstützung Palästinas gegen den «zionistischen rassistischen Kolonialismus» aufrief, sowie den Intifadas (Aufstände) begann im Jahr 2000 eine internationale Desinvestitionsbewegung, die 2005 als Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS) neu formiert wurde. Sie lässt sich von der Anti-Apartheid-Bewegung (AAM) in Südafrika inspirieren, die Hunderttausende von gewöhnlichen Bürger:innen weltweit dazu brachte, Waren aus dem Apartheidstaat von den 1950er Jahren bis 1994 zu boykottieren. Studierende, Kirchen, Gewerkschaften und lokale Gruppen drängten Regierungen und Unternehmen zur Desinvestition. Es gab einen kulturellen Boykott, und Südafrika wurde zwischen 1964 und 1992 von den Olympischen Spielen und Wettbewerben der FIFA ausgeschlossen. Die Stärke der internationalen Solidaritätskampagne bestand darin, dass sie sich direkt an die einfachen Bürger:innen wandte und jede einzelne Person sowie Gemeinschaften herausforderte, aktiv zu werden.

Auch die Vereinten Nationen verhängten Sanktionen gegen Südafrika (darunter ein Waffenembargo, das von Israel unterlaufen wurde), und das Land wurde von 1974 bis 1994 von der UN-Generalversammlung suspendiert. In den 1980er Jahren verhängten einzelne Länder, darunter auch die USA, zusätzliche Sanktionen. Es scheint jedoch, dass die Boykottbewegung wirkungsvoller war als offizielle Sanktionen, da sie eine privat ausgelöste Finanzkrise verursachte – deren Auswirkungen wesentlich grösser waren als die der staatlichen Sanktionen. Die BDS-Bewegung gegen das

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Riehentorstr. 27, Postfach, CH-4001 Basel
 E-Mail: mail@friedensbewegung.ch
 Telefon: 061/681 03 63
 Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri
 Redaktion: Stefano Araújo, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Ruedi Moser, Ueli Schlegel, Martin Schwander, Samuel Wanitsch
 E-Mail der Redaktion: unsererwelt@friedensbewegung.ch
 Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.

Auflage: 3500

Abonnementspreis: mindestens 20 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
 Satz/Layout: Schweizerische Friedensbewegung. Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie Mitglied der Friedensbewegung werden, uns eine Spende überweisen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon in dieser Ausgabe. Herzlichen Dank!

Apartheidregime in Südafrika ergänzte letztlich nur den wichtigsten Faktor für dessen Sturz – den Widerstand der schwarzen Südafrikaner:innen vor Ort, einschliesslich bewaffneten Widerstandes.

Macht aufbauen

Die Bewegung für BDS gegen die israelische Apartheid hat sich seit Beginn des Völkermords im Oktober 2023 beschleunigt. Diese Basisbewegung, angeführt von Palästinenser:innen in Palästina und in der Diaspora, inspiriert Millionen Menschen dazu, Konsumgüter aus Israel zu boykottieren und zu fordern, dass Verbindungen zu israelischen Waffen- und Überwachungsunternehmen zur lokalen Wirtschaft, Regierung und den Pensionskassen entfernt werden. Ähnlich wie bei der Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika wurden inzwischen grosse Summen aus der zionistischen Wirtschaft abgezogen. Kampagnen wie «Apartheid Free Communities» haben den öffentlichen Diskurs in Richtung eines Bewusstseins für die ungerechte, rassistische Behandlung des palästinensischen Volkes verschoben. Desinvestition ist erneut der zentrale Ruf von Studierenden, die ein Ende der Komplizenschaft ihrer Universitäten bei Menschenrechtsverletzungen fordern. Es gibt auch einen akademischen und intellektuellen Boykott sowie die Forderung, den israelischen Siedlerkolonialstaat von den Olympischen Spielen und FIFA-Spielen auszuschliessen.

Während der Völkermord die Form erzwungener Aushungerung annimmt, sind die Menschen weltweit entsetzt darüber, dass Regierungen und internationale Organisationen unfähig oder unwillig sind, die Gräueltaten zu stoppen, die sich offen vor aller Augen abspielen. Als Reaktion darauf haben viele die Dinge selbst in die Hand genommen, durch Boykott und Desinvestition. Und wie in Südafrika ist BDS eine Ergänzung zum Hauptkampf vor Ort in Palästina.

Die BDS-Bewegung sagt, dass Boykott und Desinvestition notwendigerweise den Sanktionen vorausgehen, um «eine entscheidende Masse an Macht aufzubauen, damit politische Entscheidungsträger ihren Verpflichtungen aus dem Völkerrecht nachkommen».



ungen aus dem Völkerrecht nachkommen». Ziel ist es, auf verbindliche Sanktionen des UN-Sicherheitsrats hinzuwirken, um Israel zu zwingen, die zahlreichen Resolutionen der UN-Generalversammlung und die Urteile des Internationalen Gerichtshofs zu befolgen, die ein Ende von Israels Apartheid und Völkermord fordern.

Wie funktionieren US-«Sanktionen»?

Im Gegensatz dazu dienen die von den USA geförderten einseitigen Zwangsmassnahmen («Sanktionen») nicht dazu, das Völkerrecht zu wahren oder Frieden und Sicherheit zu unterstützen, sondern vielmehr dazu, der Zivilbevölkerung gezielt kollektive Strafen aufzuerlegen, um einen Regimewechsel herbeizuführen. Dies wurde bereits in einem Memo eines US-Diplomaten aus dem Jahr 1960 deutlich, in dem erklärt wurde, dass eine Blockade Kubas «Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung herbeiführen» würde. Die US-Regierung verhängt diese Massnahmen gegen Länder, die versuchen, wirtschaftliche oder politische Systeme zu entwickeln, die unabhängig von der US-Dominanz sind. Und angesichts der exorbitanten Macht der USA durch die dominierende Rolle des US-Dollars im internationalen Handel und im Bankwesen sind diese Massnahmen äusserst wirkungsvoll.

Wirtschaftliche Zwangsmassnahmen bestrafen die Bevölkerung, indem sie den globalen Handel beeinträchtigen und so den Import von Lebensmitteln, Treibstoff, Medikamenten und Ersatzteilen zur Aufrechterhaltung ziviler Infrastruktur erschweren. Eine Folge davon ist die Unfähigkeit, Chemikalien und Ersatzteile zu importieren, die zur Instandhaltung von Wasserversorgungssystemen benötigt werden – was zu schweren Engpässen bei sauberem Trinkwasser und zu massenhafter Kindersterblichkeit führt.

Selbst UN-Sanktionen können für imperialistische Zwecke manipuliert werden. Der Irak ist ein Beispiel dafür, wie die USA die Sanktionsbefugnisse des UN-Sicherheitsrats vereinbart haben, um ihre eigene «regelmässige Weltordnung» durchzusetzen und ihre imperialistischen Interessen zu fördern – ungeachtet der menschlichen Kosten. 1990, nach der irakischen Invasion Kuwaits und während des Zerfalls der Sowjetunion, gelang es den USA, die Verhängung schwerer UN-Sanktionen gegen den Irak zu orchestrieren und zu überwachen. Diese führten zum Tod von über einer halben Million irakischer Kinder durch wasserbedingte Krankheiten, durch Impfungen vermeidbare Krankheiten und Hunger – in einem Land, das zuvor eine der höchsten Pro-Kopf-Nahrungsmittelproduktionen der Region erreicht hatte. In dem von den USA kontrollierten Ausschuss, der die Umsetzung der Sanktionen überwachte, sorgten die USA dafür, dass humanitäre Ausnahmen verweigert wurden und dass Lebensmittel nicht als humanitäre Notwendigkeit galten.

Von den USA verhängte Sanktionen haben seit 2017 über 100000 Venezolaner:innen getötet, und 12 Prozent der Kindersterblichkeit in Palästina, wohlgernekt vor Oktober 2023, waren auf den Mangel an sauberem Trinkwasser aufgrund der von den USA unterstützten israelischen Blockade zurückzuführen. Ein weiterer Beleg dafür, dass Sanktionen töten, ist ein neuer Bericht in der medizinischen Fachzeitschrift The Lancet, der feststellt, dass Sanktionen jährlich etwa 564000 Todesfälle verursachen – ähnlich hoch wie die weltweite Sterblichkeit durch bewaffnete Konflikte – wobei 51 Prozent der Opfer unter 5 Jahre alt sind.

Quelle: sanctionskill.org
 Übersetzung: UW.

Inserat

Politische:r Sekretär:in (20%)

Wir suchen Verstärkung im Sekretariat der Schweizerischen Friedensbewegung SFB. Bei uns erhältst du die Möglichkeit, dich aktiv für Frieden, Antimilitarismus und Antiimperialismus einzusetzen. Wir bieten dir eine sinnstiftende, herausfordernde Aufgabe in einem abwechslungsreichen und spannenden Arbeitsumfeld.

Wir sind ein kleines, engagiertes Team und suchen jemanden, der/die uns in folgenden Bereichen unterstützt: Organizing, Mitglieder und Aktivist:innen mobilisieren/betreuen, Kampagnen ausarbeiten und führen, Unterschriften sammeln, Infomaterial/Flyer produzieren, Social Media, redaktionelle Tätigkeiten, Medienarbeit.

Wir erwarten von dir eine schnelle Auffassungsgabe, (kritisches) politisches Bewusstsein, den Wunsch, Neues zu lernen, und vor allem viel Eigeninitiative und genaues, selbstständiges, pflichtbewusstes Arbeiten. Wir bieten dir eine flexible 20 %-Stelle mit angemessener Entlohnung, teils im Home Office, teils in zentraler Lage auf dem Sekretariat in Basel. Arbeitsbeginn zum nächstmöglichen Zeitpunkt oder nach Vereinbarung. Nach Absprache ist auch ein zeitlich begrenzter Einsatz möglich.

*Haben wir dein Interesse geweckt?
 Dann melde dich gerne mit den üblichen Unterlagen
 spätestens bis zum 15.01.2025 bei uns:
 mail@friedensbewegung.ch*

